

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

195 (24.8.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.-M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablozen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 J. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.-M. Die Restkolonne bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Konferenz in Luzern

Lloyd George und Giolitti in Luzern — Merkwürdige Auffassungen von den Friedensverträgen — Verbindung mit Russland — Friedenssehnsucht der Entente

Luzern, 24. Aug. Lloyd George und Giolitti haben am Sonntag und Montag in Luzern miteinander konferiert. Aus dem vor Beginn der zwanglosen Unterhaltung zwischen den beiden Ministerpräsidenten Lloyd George und Giolitti und den Vertretern der Presse verlesenen offiziellen Kommunikationen die Schweizerische Depeschenagentur folgendes:

In der heutigen und gestrigen Unterhaltung zwischen Giolitti und Lloyd George wurde hauptsächlich die allgemeine politische Situation und speziell der Einfluss der jetzigen Vorformung im östlichen Europa auf diese diskutiert. Dieser Meinungsaustausch hat die vollständige Übereinstimmung zwischen der britischen und der italienischen Regierung dargelegt.

Die erste Garantie für einen Frieden findet sich in den verhandelten, bereits unterzeichneten Friedensverträgen (??) und in der Weise, wie diese Verträge ausgeführt werden. (??) Die Sieger in diesem Kriege sollten den Geist der Mäßigkeit in deren Durchführung zeigen, und die Besiegten den Geist der Loyalität bei ihrer Ausführung.

Angesichts dieser Auffassung hoffen und vertrauen die Regierungen darauf, daß das gute Einverständnis, das in Spa erzielt wurde hinsichtlich der Methoden zur Ausführung des Versailler Vertrages, sich weiterentwickeln werde, indem die (die Methode) alle noch ausstehenden Fragen umfassen werde und daß das hoffnungsvolle Experiment, das dort versucht wurde, gesichert wird durch getreue Ausführung des dort beschlossenen Übereinstimmens durch alle Parteien.

Bevor der Friede wieder hergestellt ist, bleibt jedoch eine Reihe von bedeutenden Fragen zu erledigen, deren Wichtigkeit ungetrennt verbunden ist mit dem Verlauf von Geschäften, die sich jetzt in dem Territorium des ehemaligen russischen Reiches abspielen. Bevor der Friede zwischen Russland und der übrigen Welt nicht hergestellt ist, wird immer eine Atmosphäre von Zerrungen der Ruhe die Welt bedrohen. Aus diesem Grunde haben die britische und die italienische Regierung Schritte unternommen, selbst auf die Gefahr hin, falsch verstanden zu werden, um eine Verbindung zwischen Russland und der übrigen Welt herzustellen. Es ist deshalb sehr zu bedauern, daß sie sich scheuen, daß die Sowjetregierung trotz wiederholter gegenseitiger Versicherungen, die in ihrem Namen durch ihre Vertreter in London abgegeben wurden, gerätet hat, Polen Bedingungen aufzuzwingen, die nicht vereinbar sind mit dessen nationaler Unabhängigkeit. Die Regierung von Polen ist aus der Wahl der ganzen männlichen Bevölkerung des Landes ohne Unterschied der Klasse hervorzuheben, und die sogenannte Bürgerarmee, die nur aus einer Klasse herausgehoben werden soll, wie es der Punkt 4 der Bedingungen der Sowjetregierung verlangt, ist nur eine indirekte Methode, um eine Genossenschaft zu schaffen, die durch Vergewaltigung die demokratische Verfassung über den Saufen werfen soll und sie ersetzen durch den Despotismus einiger weniger Personen, die die Folgen des Bolschewismus in sich aufnehmen.

Wir können nicht umhin, zu befürchten, daß, wenn die detaillierten Bedingungen über die Zusammenfassung dieser Arme, die vorläufig verheimlicht werden, bis Polen keine Arme demobilisiert haben wird, bekannt werden, man finden wird, daß sie nach dem Vorbilde der russischen roten Arme konstruiert ist.

Von einer Nation zu verlangen, daß sie als Friedensbedingung eine Arme organisiert zum Schutze von Leben und guter Ordnung nur aus einer Klasse von Bürgern mit Ausschluß aller anderen ist ein Eingriff in die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung eines Landes. Daß man eine solche Bedingung ungeachtet der Versicherungen des Herrn Rammens an die britische Regierung, daß nicht weggefallen wurde, was nicht von nebensächlicher Natur sei, bei Aufstellung der Bedingungen nachträglich zugefügt hat, ist ein großer Vertrauensbruch, und Verhandlungen irgendwelcher Art mit einer Regierung, welche ihr Wort so leicht nimmt, werden schwer, wenn nicht unmöglich.

Die Sowjetregierung hat einen Vorschlag der britischen Regierung zurückgewiesen, einen Waffenstillstand unter Bedingungen abzuschließen, welche das russische Territorium gegen irgendeinen militärischen Angriffsfakt sichereschützt hätte. Russland will seinen Vormarsch im ethnographischen Polen mit der Absicht fortsetzen, dieses Land durch Waffengewalt für die Sowjetmacht zu erobern. Wenn die Sowjetregierung, ungeachtet der Rückschlüsse, den ein Angriff begegnet, sich immer noch weigert, diesen verhängnisvollen Vorschlag zurückzuziehen, und im Gegenteil den Krieg auf polnischem Territorium weiterführt, um das polnische Volk zu dessen Annahme zu zwingen, so wird es keine Regierung möglich sein, die Oligarchie der Sowjets anzuerkennen oder mit denselben zu verhandeln.

Die Welt im Osten und im Westen schreit nach Frieden, aber der Friede ist nur möglich auf der Basis der Anerkennung der Freiheit der Nationen. Die italienische und englische Regierung sind beunruhigt durch die unbegrenzte Verlängerung des gegenwärtigen Konfliktzustandes zwischen den Nationen. Den betreffenden Völkern können diese Zwiste nichts anderes als immer wachsendes Elend bringen. Für die Völker der Welt im allgemeinen bringen sie beständige Unruhe. Bevor diese Konflikte nicht aufhören, ist keine Entwicklung für Landwirtschaft und Industrie möglich. Der Austausch der Erzeugnisse der Länder kann sich nicht frei entwickeln mangels der hohen Preise. Angesichts der Gefahren der Einkürzung, die diese mit sich bringt, wird die Zivilisation, die durch fünf Jahre andauernden Krieges geschwächt ist, weiterhin erschüttert.

Die britische und italienische Regierung sind daher einig, daß alle Maßnahmen gemacht werden sollten, um die gegenwärtigen Gegensätze zwischen den Völkern zu beseitigen.

Sitzung des Reichskabinetts

BR. Berlin, 23. Aug. Heute nachmittags findet unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Kabinettsitzung statt, in der die politische Lage besprochen und eine Reihe von Verwaltungsangelegenheiten erledigt werden soll.

Oberschlesien

Beuthen, 23. Aug. Gestern fand hier eine Versammlung von Führern aller politischen Parteien und Gewerkschaften statt, um Beschlüsse darüber zu fassen, was für die Verhütung von Ruhe und Ordnung zu geschehen habe. Es wurde beschlossen, eine gemischte Kommission nach Katowitz zum französischen General Gratier zu senden, um ihm die Forderung zu unterbreiten, Ruhe und Ordnung durch französisches Militär wieder herzustellen. Zu diesem Zwecke soll 1. die Entlassung der Bevölkerung allgemein durchgeführt werden, 2. nach Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung der Belagerungszustand sobald wie möglich aufgehoben werden, 3. da, wo Unruhen bestehen, die Sicherheit durch eine unparteiische Sicherheitswehr aus beiden Volksteilen gewährleistet werden, 4. der augenblickliche Streik soll abgebrochen und die Arbeit am Montag wieder aufgenommen werden. Dort, wo Arbeiterkreise der einen oder anderen Nationalität Terror gegenüber den Arbeitswilligen ausüben, soll von seiten der internationalen Kommission ein Arbeiterschutz gewährleistet werden.

General Gratier erklärte, daß die Polen ihm gesagt hätten, für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung Sorge zu tragen. Er hoffe, soweit er in der Lage sei, eine Zufriedenung geben zu können, daß er den Wünschen der Kommission werde nachkommen können.

Beuthen, 25. Aug. Soweit sich aus dem bis heute nachmittags vorliegenden Meldungen ergibt, sind der ganze Kreis Oberrhein, außer der Stadt Rastatt, der ganze Kreis Pflanz und der Stadt Pflanz, der Landkreis Katowitz, der Landkreis Beuthen und der Landkreis Tarnowitz durchweg in polnischen Händen. Die Städte Gleiwitz, Katowitz, Beuthen, Königshütte usw. bilden zurzeit noch kleine Inseln. Aus den besetzten Teilen unternehmen die Polen ständig Vorstöße wegen dieser Orte. In den besetzten Gebieten sind Maneransschläge in zwei Sprachen erschienen, in denen zur Bildung von Selbstschutzkomitees aus der Arbeitererschaft und den Gewerkschaften aufgefordert wird. Die Führer dieser Komitees verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu sorgen, und die Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben in die Wege zu leiten. Aufsammlungen von mehr als 5 Personen sind verboten. Alle Waffen und Munition sind sofort abzugeben. Alle Gasthäuser sind abends 8 Uhr zu schließen. Alle nichtangestellten Personen, die in den letzten drei Monaten zugewandert sind, müssen sich bei der Hauptwache sofort melden. Privatpersonen dürfen sich von 9 bis 11 Uhr abends bis 4 Uhr morgens ohne Ausnahme auf den Straßen nicht sehen lassen. Auf Raub, Plünderung, sowie ähnliche Verbrechen steht Todesstrafe. Alle Beamten für öffentliche Dienststellen mit Ausnahme der bisherigen Polizeibeamten und Gendarmen werden aufgefordert, ihre Dienste in der bisherigen Weise aufzunehmen. Unterzeichnet sind diese Befehle von dem Selbstschutzkomitee des betreffenden Ortes, datiert vom 21. Aug.

Beuthen, 23. Aug. Zur Streiklage im Beuthener Gebiet erfahren wir, daß sich bereits Anfänge in der Wiederbeginnung der Arbeit auf den Gruben bemerkbar machen, allerdings scheinbar nur auf deutscher Seite.

Die deutsche Note über Oberschlesien

Berlin, 23. Aug. Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris hat dem Präsidenten der Friedenskonferenz folgende Note überreicht:

Nach vorliegenden Meldungen befindet sich der Ostteil des Kreises Katowitz seit der Nacht vom 19. bis zum 20. August in Aufruhr. Am 20. Aug. 1920 nachmittags wurden Wislowitz und Karschhütte seitens der Sicherheitspolizei nur noch unter schwerem Kampfe behauptet. Die zwischen beiden Orten gelegenen Ortschaften sind in den Händen der Insurgenten, die sich aus der ortseingewohnten Bevölkerung polnischer Nationalität rekrutieren und durch uniformierte polnische Soldaten verstärkt sind. Die Insurgenten waren bis dicht an den Ortsteil von Katowitz vorgedrungen. Katowitz selbst war von französischen Truppen besetzt, die am 20. 8. 20 nachmittags Verhandlungen mit den Katowitz bewohnten Insurgenten eingeleitet hatten. Die Verhandlungen waren ohne Erfolg geblieben, da die Insurgenten die Bedingungen des Friedensvertrages ebensowenig vereinbarten, wie die Anwesenheit ortseingewohnter bewaffneter Elemente. Nach Zeitungsberichten soll in einem Bericht des Herrn General Verond bemerkt sein, daß die deutsche Regierung die Ausschreitungen unterstützt habe. Die deutsche Regierung kann nicht glauben, daß derartige Ausschreitungen sich wirklich in dem Bericht einer so hohen verantwortlichen Stelle befinden. Sollten von anderer Seite solche Behauptungen angebracht werden, so wäre dies eine feine Verleumdung. Die Beschlüßigung ist handgreiflich unwahr. Gerade in den letzten Wochen hatte es sich die deutsche Regierung mit Rücksicht auf die in Spa übernommenen nur mit Anspannung aller Kräfte erfüllbaren Verpflichtungen angelegen sein lassen, auf eine Vermehrung der Kohlenförderung in Oberschlesien durch Ueberwinden der Schwierigkeiten. Sie hatte allen Grund anzunehmen, daß die obersteinsten Bergarbeiter im allgemeinen Interesse sich einigsetzten zu einer solchen Mehrarbeit verstehen würden. Eine Steigerung der Kohlenförderung wäre aber in einem Insurgentenland nicht erreichbar. Die deutsche Regierung muß nicht nur wegen der von ihr übernommenen internationalen Verpflichtungen, sondern auch im Interesse der deutschen Industrie und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit den größten Wert darauf legen, daß Oberschlesien ruhig weiterarbeitet. Die deutsche Regierung beehrt sich, die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen auf den Ernst der Lage in Oberschlesien hinzuweisen. Sie erwartet von den verbündeten Regierungen, daß sie unverzüglich für den Schutz des Lebens und Eigentums der friedlichen Bevölkerung sorgen und damit die Verhandlungen schaffen werden, die zur ungehinderten Fortsetzung der Arbeit in diesem für das Wirtschaftsleben von ganz Europa so wichtigen Bezirk erforderlich sind. Die deutsche Regierung würde mit Dank begrüßen, wenn ihr zur Vermehrung der sehr erregten öffentlichen Meinung baldigst mitgeteilt werden könnte, daß die internationalisierte Kommission geneigt ist, den von ihr übernommenen Schutz Oberschlesiens wirksam durchzuführen.

Steuerabzug und Steuerlast

Wie ist ein politischer Kampf der deutschen Arbeiter mit so viel demagogischer Oberflächlichkeit geführt worden, wie in diesen Tagen der Kampf gegen den Steuerabzug von unabhängigen und kommunistischen Agitatoren geführt wird. Ferdinand Lassalle würde sich im Grabe herumdrehen, wenn er sehen könnte, wie heute die Steuerfragen von deutschen Arbeitern behandelt werden. Einen Entschuldigungsgrund freilich hat ein großer Teil der heutigen Agitatoren gegen den Steuerabzug: sie wissen nichts von Ferdinand Lassalle, haben seine Reden und Schriften über Steuerfragen nie gelesen.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß ein solcher Kampf jukt gegen dasjenige Besteuerungsprinzip, für das die Sozialdemokratie seit einem halben Jahrhundert mit aller Fähigkeit gekämpft hat, entseffelt wird, daß aber summa und ergo die Steuern getragen werden, denen seit Lassalles Tagen der schärfste Kampf der Sozialdemokratie gegolten hat. Wir sagen nicht zuviel, wenn wir vom Kampf gegen das Besteuerungsprinzip sprechen. Die kommunistischen Protestredner zum mindesten und auch manche unabhängigen machen gar kein Hehl daraus, daß sie die Einkommensteuer überhaupt sabotieren wollen. Sie wollen offenbar nachträglich den Beweis für die Richtigkeit des Bismarckschen Wortes liefern, daß die besten Steuern die seien, die der Steuerzahler nicht merkt, nämlich die indirekten. Dem gegen die indirekten Steuern empfinden diese Steuerpolitiker keinen Kampf. Wir haben wenigstens nie etwas davon gehört, daß sie die Kohlensteuer angegriffen hätten. Wüssten sie nicht, daß die Kohlensteuer den Arbeiter viel härter belastet als die Einkommensteuer? Wissen sie nicht, daß der Hausbrand, die Industrie, der Verkehr, die gesamte gewerbliche und landwirtschaftliche Warenherzeugung, der Wohnungsbau, die öffentliche Verwaltung, kurz das gesamte wirtschaftliche und häusliche Leben durch die Kohlensteuer in ungeheurer Weise verteuert wird? Wissen sie nicht, daß die Kohlensteuer progressiv nach unten wirkt, d. h. das kleine Einkommen mit vielleicht 50 Proz., das große mit 1 bis 5 Proz. belastet, während umgekehrt die Einkommensteuer progressiv nach oben steigt, d. h. unten mit wenigen Prozent beginnt und oben bis zu 60 Proz. ansteigt? Wissen sie nicht, daß die Kohlensteuer nicht nur im Verhältnis zur Höhe des Einkommens, sondern auch im Verhältnis zur Kopfzahl der Familie, also in doppelter Beziehung progressiv nach unten wirkt. Die Einkommensteuer dagegen trägt wenigstens trotz ihres viel zu hohen Anfangssatzes von 10 Proz. der Kopfzahl der Familie Rechnung. Auf eine Familie von 8 Köpfen mit einem Einkommen von 10 000 M. auskommen, so werden nicht 10 Proz., von diesem gesamten Einkommen gleich 1000 M. Steuer erhoben, sondern es gehen außer den Beiträgen aller Art und den Kosten die zur Werbung des Einkommens dienen, 1500 M. für den Mann, 500 M. für die Frau und 700 M. für jedes Kind unter 16 Jahren, zusammen also 6200 M. ab. Von dem Rest sind etwa 400 M. = 4 Proz. des Einkommens Steuer zu zahlen. Das ist für diese Familie unter den heutigen Lebensbedingungen noch eine viel zu starke Belastung, und wir fordern nachdrücklich mehr Schonung. Aber steht in diesem Steuerhimmel nicht doch etwas sozialer Geist verglichen mit der Wirkung der indirekten Steuern?

Unsere Stellung zur Einkommensteuer und zum Steuerabzug ist eine völlig klare. Der Steuerabzug ist, wenn zweckmäßig und gerecht geordnet, eine vernünftige Einrichtung. An der zweckmäßigen gerechten Regelung fehlt es freilich noch; sie kann aber erreicht werden in verhältnismäßig kurzer Zeit, wenn die Arbeitererschaft eine vernünftige Taktik einschlägt. Das heutige Abzugsverfahren ist zu roh. Es nimmt keine Rücksicht auf besondere Notlagen, auf Kurzarbeit, zeitweilige Arbeitsunterbrechung und dergleichen. Die Steuer selbst ist, auch unter Berücksichtigung der zulässigen Abzüge für Haushaltsangehörige, für die kleinen Einkommen zu hoch. Hier muß geholfen werden, sobald der Reichstag wieder zusammentritt. Aber falsch ist es, den Abzug überhaupt zu bekämpfen, von einem „Klassen-“, von einem „Ausnahmestück“ zu sprechen und Vergleiche anzustellen mit dem Judenten, den die Bauern einst den Feudalherren entrichten mußten.

Der Abzug wird auch gemacht, und zwar seit dem 1. April d. J. von allen Kapitalrenten, Dividenden usw., die außerdem natürlich der Einkommensteuer unterliegen. Ist der 10prozentige Dividendenabzug etwa ein „Klassenstück“ gegen die Arbeiter? Der Abzug ist in England, wo die Einkommensteuer von jeher an der Quelle erhoben wird, durchgeführt, und wird auch dort, wo er heute die Arbeiter viel härter trifft als in der Vorkriegszeit, nicht als Klassenstück empfunden. In Belgien ist er seit Jahren in vielen Betrieben freiwillig eingeführt.

Ein Haupteinwand geht dahin, daß der Abzug nur den Arbeitern, nicht aber den anderen Klassen gemacht werde. Das ist, wie schon gesagt, nicht richtig. Jeder, der seinen Lohn oder Gehalt bezieht, unterliegt dem Abzug. Dem Kaufmann, Handwerker und Landwirt kann ein Abzug am Lohn oder Gehalt nicht gemacht werden, weil hier kein fester Lohn oder Gehaltsbezug vorhanden ist. Aber genießen deshalb diese Schichten ein Vorrecht? Wären unsere Steuerbehörden mit ihren Geschäften auf dem laufenden, so hätten alle Steuerpflichtigen ohne Unterschied, auch der Bauer, Handwerker, Fabrikant und Kaufmann, schon anfangs Mai ihren Steuerzettel bekommen und bis Mitte Mai das erste Viertel ihrer Steuer zu 1920 zahlen müssen. Auch der Arbeiter hätte seinen Steuerzettel bekommen; er hätte dann aber sein Jahresviertel nicht in bar beim Finanzamt erhalten müssen, sondern seine Steuerkarte vorgezeigt als Beleg dafür, daß er seine Steuer bezahlt hat. Dasselbe Verfahren wäre im August, September und Februar beim Fälligkeitwerden der übrigen Jahres-

ent.
le.
9 Uhr,
en- und
eig- und
; fern
an Min-
einerdun-
eiferant
swürdige
fügen in
ormittags
el, Silba-
den, wo-
können.
2340
erarten.
den im
Büsten-
Anaben-
kaufstelle
betreiben
die Buch-
die Buch-
die Buch-
die Buch-
41 Uhr
s. Sams-
er mittags.
denmittels
Büsten-
ne Gebühr
Mede-
Schaltungs-
zubringen.
Melbegittel
en werden.
Empfang
er auf der
Baden-Ra-
mation für
er Aus-
amerkannt.
Umschläge
werden, auf-
erhalten
vom Brotung
in der
on 1 bis 2
ge-
schnitt der
sein) Zwie-
le, Zimmer
an der städt.
holt werden.
beim Kauf-
auf-
notwendigen
er Milch bei
, in nach-
ir die Buch-
ir die Buch-
ir die Buch-
ir die Buch-
ir die Buch-
bringen.
2354
August 1920.
eigen.
Steigerung
mentkunft bei
Ringsbrüde,
sammentkunft
mentkunft beim
achen. 2364
1920.
zung
August 1920.
e Kauf-
250 Gramm
teilmärke 140
ramm 60 M.
141.
0 M. gegen die
en Apotheken
ischen Bettbe-
ungen.
amittags 2-4
abgegeben.
1920. 2368
tenburg.

viertel eingeschlagen worden. Da die Behörden im Rückstand waren, begann das Abzugsverfahren nicht am 1. April, wie im Gesetz vorgesehen, sondern Ende Juni, und aus dem gleichen Grunde haben die Steuerpflichtigen ihre Steuerzettel noch nicht. In einzelnen Teilen des Reiches ist mit der Ausgabe der Steuerzettel nun endlich begonnen. Es unverständlich, warum die Zettel so spät ausgegeben werden, denn in diesem Jahre ist das Ausschreiben derselben einfach. Es geschieht nicht auf Grund einer neuen Festsetzung des Einkommens, sondern auf Grund der vorjährigen. Wenn aber hieraus gefolgert wird, daß die vom Abzug verzeichneten Steuerpflichtigen nur nach ihren vorjährigen, die anderen nach ihren diesjährigen Einkommen besteuert werden, so ist auch das eine irrtümliche Annahme. Von einer Steuerfestsetzung des Einkommens am Beginn des laufenden Steuerjahres hat abgesehen werden müssen, weil die Veranlagung des Einkommens nach dem neuen Reichsgesetz nicht mehr wie bisher im voraus fürs kommende, sondern nachträglich fürs abgelaufene Jahr erfolgt. Nach Schluß des Kalenderjahres werden alle Einkommen festgestellt. Damit aber auch die Steuerpflichtigen, bei denen ein Abzug am Einkommen nicht gemacht werden kann, schon während des Jahres Teilzahlungen leisten können, schickt man ihnen in diesem Uebergangsjahr vorläufig einen Steuerzettel auf Grund der vorjährigen Veranlagung mit dem Vorbehalt der Korrektur nach der Steuerveranlagung am Beginn des nächsten Jahres.

Vorbereitungen der Gegenrevolution

Die „Märkische Volksstimme“ in Cottbus veröffentlicht sensationelle Enthüllungen über das Treiben des Landbundes und der Zeitfreiwilligenorganisation in der Niederlausitz. Der Landbund hat in Cottbus und anderen Städten der Niederlausitz alle Zeitfreiwilligenorganisationen in seinen Dienst gestellt. Diese sind in Kompanien, Zügen und Gruppen eingeteilt. Die Mitglieder leisten auch Einzeldienste. Sie werden als Arbeiter in die Betriebe geschickt, um bei Unabhängigen und Kommunisten herumzuspähen und Berichte zu liefern. Mit der Spionageleistung sieht ein reicher Kurierdienst mit Berlin und Halle. Bezeichnend für den Zusammenhang der Cottbuser Zeitfreiwilligenorganisation mit der Berliner Zentrale und dem Volk, in dem sie geleitet wird, legt folgendes Schreiben aus der Zeit der Regierungsbildung, als man den Linksbund als Anlaß zu einem reaktionären Umsturz erachtete, Zeugnis ab:

Cottbus, den 23. Juni 1920.

„Der Putz ist bestimmt geplant (Gemeint ist der Kommunistenputz, Red.) Beginn in den nächsten Tagen. Geld fast aufgebraucht, Agenten bereits auf halbe Ration. Nicht lange hinausziehen.“

Unterschrift Zentralbaukommando B. W. Gegenmaßnahmen: Engster Zusammenhalt aller Bürger und Bauern. Für den Ort größte Vorsicht. Möglichst in Gruppen schlafen, wie eingeteilt. Strengste Selbstdisziplin. Auch der Schein des Beginns von Unruhen darf keinesfalls von unserer Seite ausgehen. Vertrauenswürdig Leute werden. (Qualität, nicht Quantität.) Für den Alarm sind folgende sechs Punkte aufgestellt:

- Wachbereitschaft — Quartierhufen.
- Sofort in Infanterieeinheiten kommen.
- Gleich Rabpartie.
- Ausrüstung auch möglichst Fahrrad; Uniform.
- Rucksack.
- Einfache Verpflegung.

Für den Ort Cottbus bestanden Geheimpläne, nach denen für den Fall, daß es losgeht, gehandelt werden soll. Von besonderer Wichtigkeit erscheint den Rechtskonsularen die Besetzung der sozialdemokratischen Organisation.

Von den im Dienst des Landbundes stehenden nennt die „Märkische Volksstimme“ u. a. einen Hauptmann Nöwe, der sich im Senftenberger Gebiet als ein kommunistischer Krieger ausgeben soll.

Wie überall, so sieht auch in Cottbus ein enger Zusammenhang der rechtskonservativen Organisationen mit militärischen Stellen. Die Zeitfreiwilligen gehen in der „republikanischen“ Kaserne aus und ein und stehen in besonders guten Beziehungen zum Major Buchruder, dem früheren Kommandeur des Bataillons Franz in Cottbus. Mit militärischer Hilfe erfolgte am 4. Juni d. J. abends von der Cottbuser Kaserne ein Waffentransport nach den umliegenden Dörfern von Ouben. Hierbei wurden bemerkt ein Leutnant a. D. Wötcher, Bismarckweibel Mattes, Leutnant a. D. Lind, Leutnant a. D. Oahn, Feldwebel Rappach und andere. Der unsaubere Zusammenhang mit der Reichswehr geht ferner daraus hervor, daß Cottbuser Zeitfreiwillige im Besitze von mit dem Stempel des Reichswehrbataillons

lons verlebten Militärjahres waren. Infolge der langen unheilvollen Tätigkeit des Landbundes steht die Niederlausitz aber voller Waffen, ähnlich wie die Gegenrevolution in Bayern und Pommern bewaffnet ist.

Bindet ihm den Mund zu!

Ins Mittelalter, in die Zeit der schwärzesten Inquisition, fühlt man sich zurückversetzt, wenn man im Organ der Stuttgarter Kommunisten die Anklage liest, die Hörne gegen die Stuttgarter Unabhängigen richtet, weil sie nicht den Mut haben, Karl Kautsky aus ihrer Partei auszuschließen. Kautsky schreibe neben Breitscheid und Hilferding die leitenden Artikel über die wichtigsten Fragen der großen Politik im unabhängigen Zentralorgan. Kautsky spreche aus den offiziellen Auftritten der Unabhängigen, aus der Haltung ihrer Führer, er stehe in den Köpfen der Unabhängigen, und darum sei der Kampf gegen Kautsky keine Privatangelegenheit der U. S. V., sondern eine Hauptangelegenheit der deutschen Revolution. Und so fährt denn der gestrenge Glaubensrichter fort:

„Wir fordern von euch den Ausschluß Kautskys und seiner namhaftesten Jünger, nicht weil und um dieser paar Personen zu tun ist, sondern weil der Ausschluß die gegenrevolutionäre wirkenden Genossen der selbstverständliche und ganz natürliche Beweis dafür ist, daß ihr den Geist Kautskys als gegenrevolutionär erkannt und abgestreift habt.“

Vollstreckt ihn! Bindet ihm den Mund zu!

er wird gehen, noch schneller als ihr eure Ausschlußanträge einbringen und verwirklichen könnt. Solange ihr aber das nicht tut, habt ihr eben nicht begriffen, daß ihr einen Schädling in eurer Mitte duldet, habt ihr euch noch nicht innerlich von ihm losgelöst.“

Es genüge nicht, Kautsky fast zu stellen, denn er sei eine Weltautorität der Zweiten Internationale. „Schlichtet ihn aus! Schlichtet ihn aus!“ ruft der Geistestrann immer aufs neue. Weil Kautsky vor zehn Jahren gute Bücher geschrieben habe, möchten ihm die Unabhängigen seinen seit 1914 betriebenen Verrat an der Revolution verzeihen. Aber das sei „die alte schillernde, schwanzende Schaukelpolitik.“

Welch grauenvolle geistige Verwilderung muß doch die deutsche Revolution in manchen Köpfen angerichtet haben, wenn ein Mann, der nicht zuletzt den Lehren Kautskys seinen Uebergang von der Theologie zum Sozialismus verdankt, sich in den Solokismus hineinsetzern kann, zu rufen: Bindet Karl Kautsky den Mund zu!!

Ströbel soll fliegen

Die „Freiheit“ veröffentlicht das Urteil eines auf Antrag der unabhängigen Ortsgruppe Steglitz eingeleiteten Schiedsgerichts gegen den allen Anhängern der unabhängigen Parteilehre längst verhassten Heinrich Ströbel. Der Schiedsspruch ist in Abwesenheit des Genossen Ströbel gefällt, der trotz mehrmaliger Aufforderung nicht erschienen war. Der Spruch lautet: „Genosse Ströbel hat sich in Wort und Schrift fortlaufend in einer Art und Weise gegen die programmatischen Erklärungen der Partei und ihrer Politik gewendet, daß darin ein parteischädigendes Verhalten erblickt werden muß, und aus diesem Grunde ist der Ausschluß Ströbels aus der Partei zu vollziehen.“

Die Ausführung des Entwaffnungsgesetzes

Der Beirat des Reichstages zur Durchführung des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung trat am Samstag zur Beratung der ersten Ausführungsbestimmungen zusammen. Reichskommissar Dr. Peters erklärte die Kompetenzfrage. Seine Aufgabe sei, zu entwerfen, wer Waffen hat, ob das die Organisation Eicherich oder ein Regellub sei. Er sei mit Reichspolizeiminister und nicht mit Reichsbereitschaftsminister. Er habe also die Auffassung der Organisation Eicherich nicht in seiner Kompetenz. Er ist innerlich überzeugt, daß die Entwaffnung erfolgen müsse, selbst wenn die Entente dazu nicht zwingen würde. Es erziele Redner aus dem Beirat sprach der Genosse Stellung. Es muß alles daran gesetzt werden, die Waffenablieferung auf friedlichem Wege zu erreichen. Dazu ist erforderlich, daß gegen die Organisation Eicherich und gegen ähnliche Organisationen mit aller Schärfe vorgegangen wird. Abg. Dr. Rosenfeld (U.S.V.) unterstützte durchaus diese Auffassung. Er erkennt die Leistungen des preussischen Ministers des Innern an.

Reichskommissar Peters: Die Organisation Eicherich fällt unter die Bestimmungen der Ausführungsbestimmungen, wenn sie Waffen hat. Es ist aber nicht möglich, eine auf alle Fälle passende Bestimmung in die Ausführungsbestimmungen einzufügen. Auch die Ablieferungspflicht kann nicht einheitlich geregelt werden. Die Waffen müssen abgeliefert werden, ob die Organisation von Herrn Eicherich oder von einem harmlosen Regellub kommt.

Ein sächsischer Regierungsbekannter erklärt, daß seine Landesregierung die allergroße Aufmerksamkeit den Organisationen nach dem Muster der von Eicherich geschaffenen widmet. Die letztere werde in Sachsen aufgelöst. Abg. Röske (DnL) erklärt, daß es ein Bruch der Koalitionsfreiheit sei, wenn gegen die Orgesch vorgegangen werde. Das sei eine gewerkschaftliche Organisation. Das Vorgehen gegen sie sei unglücklich. Mit Entwaffnung habe das nichts zu tun.

Abg. Brünigau (D. Sp.) ist völlig eines Sinnes mit Röske. Sehr scharf wendet er sich gegen das Vorgehen des preussischen und sächsischen Ministers des Innern gegen die Orgesch. Er protestiert gegen das Vorgehen der preussischen Behörden, die im Widerspruch mit Verfassung und Reichsgesetzen stehen sollen. Dr. Hilfer (Dem.) ist in vielen Dingen gleicher Meinung wie die beiden Reichsparteien.

Die Vertreter Braunschweigs und Badens erklären, daß in ihren Ländern eine Mitkäuferei der Organisation nicht festgestellt sei. Sollten aber ähnliche Organisationen auftreten, so werde mit aller Schärfe gegen sie vorgegangen werden.

Eine Reihe von Anträgen der beiden sozialdemokratischen Parteien werden abgelehnt. Dagegen wird gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien und gegen den Einspruch des Reichskommissars von allen bürgerlichen Parteien ein Antrag Dr. Röske angenommen, der verlangt, daß die alleinliegenden Güter und Dörfer nicht sofort zu entwaffnen

sind, damit sie nicht der in Waffen starrenden Umgebung schuldlos preisgegeben seien.

Auf Vorschlag Stellings und Rosenfelds wird im § 6 eine Bestimmung, die die Einwohnerwehren bevorzugt, gestrichen. Der Ausschuss erteilte in später Abendstunde den Ausführungsbestimmungen seine Zustimmung.

Der Wittelsbacher Königsstich von Frank- reichs Gnaden

Der „Bayerische Königsbote“ enthält einen „Offenen Brief“, den der hochwürdige Herr Martin Walzer, Mitglied des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei, Vorsitzendes des Reichsausschusses der Bayerischen Volkspartei, 2. Vorsitzender des Vereins katholischer Priester für die Diözese Speyer, und nebenbei wohlhabender Pfarrer in Helbersberg (Wals), an Ludwig III. zum kommenden Namensfest richtet. Se. Hoheit wird teil Er. königlichen Majestät, dem Allergnädigsten König und Herrn, hochbeglückt mit, daß das Pfälzer Volk keine größere Sehnsucht kennt, als sich baldmöglichst wieder unter das ruhmvolle Joch des glanzvollen Hauses Wittelsbach zu beugen. Am Schluß heißt es:

„Die Besatzungsbehörde, an ihrer Spitze der ritterliche General de Mes, steht Anxions- und Loslösungsbefürchtungen heute reig abnehmend gegenüber. Sie würde ein föderalistisches Reich und in ihm ein bayerisches Königtum begründen. Der Propaganda für die Königsstiche und die Rechte des Hauses Wittelsbach stehen von dieser Seite keine Hindernisse entgegen.“

Charaktervolle Franzosen werden sich vor Eitel schüteln vor diesem traurigen Deutschen, der in solch elender Weise vor den Befehlsbefehlenden schwehewebelt.

Kommunismus in einem demokratischen Lande

Der bekannte englische Sozialist, Philip Snowden, schreibt über die kommunistische Bewegung in England:

„Der Kommunismus in Großbritannien ist der Versuch, eine ertote Pflanze in einen ungeeigneten Boden einzupflanzen und großzuzüchten. Die britischen arbeitenden Klassen sind niemals die Sklaven von Dogmen oder Phrasen gewesen. Nicht ohne Grund wurden sie von den anderen Völkern als hartpöpsig und praktisch betrachtet. ... Der europäische Krieg hat alle bestehenden Einrichtungen erschüttert, nicht zuletzt die Grundlagen des kapitalistischen Systems, und es wäre daher unflug, vorauszusagen, daß der Weg zum Sozialismus in Großbritannien ebenso frei von Gewalttaten sein werde, wie er es in der Vergangenheit war. Aber es kann mit Sicherheit gesagt werden, daß sich die englischen arbeitenden Klassen gegenwärtig nicht geneigt zeigen, den gebahnten Pfad gesetzmäßigen Fortschritts

Hans und Heinz Kirch

Novelle von Theodor Storm.

(Fortsetzung.)

Ein Raufen, das wie Sohn Klana, unterbrach sie. Hans Kirch sah sie mit starren Augen an: „Nun, Wieb, wenns denn dein Heinz gewesen ist, es ist nicht viel geworden aus euch beiden.“

Aber Wieb achtete nicht darauf, sie hatte sich vor ihm hingeworfen. „Hans Kirch!“ rief sie und faßte beide Hände des alte Mannes und schüttelte sie. „Nur Heinz, hören Sie es nicht? Er geht ins Stend, er kommt niemals wieder! Vielleicht — o Gott, sei barmherzig mit uns allen! Es ist noch Zeit vielleicht!“

Auch Lina hatte sich jetzt neben ihr geworfen; sie scheute es nicht mehr, sich mit dem armen Weibe zu vereinigen. „Vater“, sagte sie und streichelte die eingeklinkten Wangen des harten Mannes, der jetzt dies alles über sich ergehen ließ, „du sollst diesmal nicht allein reisen, ich reise mit dir; er muß ja jetzt in Hamburg sein; o, ich will nicht ruhen, bis ich ihn gefunden habe, bis wir ihn wieder hier in unseren Armen halten! Dann wollen wir es besser machen, wir wollen Geduld mit ihm haben; o, wir hatten sie nicht, mein Vater! Und sag nur nicht, daß du nicht mit uns leidest, dein bleiches Angesicht kann doch nicht lügen! Sprich nur ein Wort, Vater, befehl mir, daß ich den Wagen herbeistelle, ich will gleich selber laufen, wir haben ja keine Zeit mehr zu verlieren.“ Und sie warf den Kopf an ihres Vaters Brust und brach in lautes Schreien aus.

Wieb war aufgestanden und hatte sich bescheiden an die Tür gestellt; ihre Augen sahen angstvoll auf die beiden hin. Aber Hans Kirch sah wie ein totes Bild; sein jahrelang angeammelter Groll ließ ihn nicht los; denn erst jetzt, nach diesem Wiedersehen mit dem Heimgekehrten, war in der grauen Zukunft keine Hoffnung mehr für ihn. „Geht!“ sagte er endlich, und seine Stimme Klana so hart wie früher; „mag er gehen haben wie er will, der diesmal unter meinem Dach geschlafen hat; mein Heinz hat schon vor sieben Jahren mich verlassen.“

Für fremde Augen mochte es immerhin den Anschein haben, als ob Hans Kirch auch jetzt noch in gewohnter Weise seinen mangelhaften Geschäften nachgäbe; in Wirklichkeit aber hatte er das Steuer mehr und mehr in die Hand des jüngeren Teilhabers der Firma übergeben lassen; auch aus dem städtischen Kollegium war er, zur stillen Befriedigung einiger ruheliebenden Mitglieder, seit kurzer Zeit geschieden; es drängte ihn nicht mehr, in den Gang der kleinen Welt, welche sich um ihn her bewegte, einzugreifen.

Seit wieder die ersten scharfen Frühlingsschläge wehten, konnte man ihn oft auf der Bank vor seinem Hause sitzen sehen, trotz seiner jetzt fast weichen Haare als alter Schiffer ohne jede Kapibedeckung. — Eines Morgens kam ein noch mehrerer Mann die Straße hier herab und setzte sich, nachdem er näher getreten war, ohne weiteres an seine Seite. Es war ein früherer Deftonom vom Armenhaus, mit dem er als Stadtverordneter einst manches zu verhandeln gehabt hatte; der Mann war später in gleicher Stellung an einen anderen Ort gekommen, jetzt aber zurückgekehrt, um hier in seiner Vaterstadt jenen Alterspennia zu verzehren. Es schien ihn nicht zu stören, daß das Knistern seines früheren Vorgesetzten ihn keineswegs willkommen hieß; er wollte ja nur plaudern, und er tat es um so reichlicher, je weniger er unterbrochen wurde; und eben jetzt geriet er an einen Stoff, der unerhöplicher als jeder andere schien. Hans Kirch hatte Unglück mit den Leuten, die noch weicher als er selber waren; wo sie von Heinz sprachen sollten, da sprachen sie von sich selber, und wo sie von allem anderen sprachen konnten, da sprachen sie von Heinz. Er wurde unruhig und suchte mit schnellem Worten abzumehren; aber der geschwätzte Greis schien nichts davon zu merken. „Ja, ja; ei du mein lieber Herrgott!“ fuhr er fort, behaglich in seinem Redestrome weiterzuschwimmend, „der Hasselstrite und der Heinz, wenn ich an die beiden Jungen denke, wie sie sich einmal die großen Anker in die Arme branten! Nur Heinz, ich hörte wohl, der mußte vor dem Doktor liegen; den Hasselstrite aber hab ich selber mit dem Hasselstod kuriert.“

Er lachte ganz bergnützlich über sein munteres Wortspiel; Hans Kirch aber war blödsinnig aufgestanden und sah mit offener Munde gar a-in-n-i, auf ihn herab. „Wann Er wieder schmecken will, Brä Peter“, sagte er, „so suche Er

sich eine andere Bank; da drüben bei dem jungen Doktor steht just eine nagelneue!“

Er war ins Haus gegangen und wanderte in seinem Zimmer hin und wider; immer tiefer sank sein Kopf zur Brust hinab, dann aber erhob er ihn allmählich wieder. Was hatte er denn eigentlich vorhin erfahren? Daß der Hasselstrite ebenfalls das Ankerzeichen hätte haben müssen? Was wars denn weiter? — Welchen Gast er von einem Sonntag bis zum andern oder ein paar Tage noch länger bei sich beherbergt hatte, darüber brauchte ihn kein anderer aufzuklären.

Und auch dieser Tag ging vorüber, und die dann kamen, nahmen ihren regelmäßigen Verlauf. — Am Oberhause wurde ein Kind geboren; der Großvater fragte, ob es ein Junge sei; es war ein Mädchen; und er sprach dann nicht mehr darüber. Aber was hörte es ihm auch geholten, wenn es ein künftiger Christian oder glühstiffenfalls ein Hans Martens gewesen wäre!

Eines Abends da es schon Herbst geworden — es jährte sich gerade mit der Abreise seines Sohnes —, war Hans Kirch wie gewöhnlich mit dem Schläge zehn in seine nach der Hofseite gelegene Schlafkammer getreten. Es war die Zeit der Aquinozialstürme, und hier hinaus hörte man die ganze Gemalt des Welters; bald heulte es in den obersten Aufzügen, bald fuhr es herab und tobte gegen die kleinen Fensterweiben. Hans Kirch hatte seine silberne Tischenuhr hervorgezogen, um sie, wie jeden Abend, aufzuheben; aber er stand noch immer mit dem Schlüssel in der Hand, hinausstehend in die wilde Nacht.

Das Rollen- und Spurren des neuen Daches kachte, als ob es aus den Augen julle; aber er hörte es nicht; seine Gedanken fuhren draußen mit dem Sturm. „Süßbrot!“ murmelte er vor sich hin, während er den Uhrschlüssel in die Tasche steckte und die Uhr aufgezogen über seinem Bette an den Haken hina. — Wer jetzt auf See war, hatte keine Zeit zum Schlafen; aber er war ja seit lange nicht mehr auf See; er wollte schlafen, wie er es bei manchem Sturm hier schon getan hatte; die Stürme kamen ja allemal im Aquinozialsturm, er hatte sie so manches Mal gehört.

(Fortsetzung folgt.)

zum Sozial...
ändern not...
wo das Tem...
das Ma...
mit sei...
I a n d. D...
demokrati...
als die eno...
gedindert...
den Beitr...
zu gewinne...
deutschen...
dafür, daß...
aufstrotze...

Die Vo...

Die un...
Hochschwe...
Der an...
mit der G...
des Gewer...
kens, Span...
glens entwo...
kommunisti...
näre Beträti...
schaften. E...
Berückung...
bedingunge...
soziale Frag...
schaftsverb...
halten, seien...
Neutralism...
geworden u...
nigen auf...
der soziali...
räterepubli...
möglichen i...
Schulter a...
Proletariats...
nationalen...
Berufen, se...
geführt wer...
ration der...
nach nicht...
Besatzung...
1. Die...
und den ve...
Die resolut...
Rahnahme...
Bourgeoisie...
gearbeitet...
verialistisc...
schen Tätig...
bänden zu...
2. Jan...
ganzen W...
entfalten u...
funktionäre...
Programme...
3. Ein...
ber Gewer...
keren. D...
ber Gewer...
dem Gezel...
Bedingunge...
sen alle G...
vertreten...
schließen...
Gewerksch...
nischen J...
Bretreter...
nationale...
als Mitglie...

Die Vo...

Daß d...
unter ihre...
Standpun...

Die Vo...

Die A...
Bille n...
schre r...
erschöpf...
scheidung...
samkeit...
Kartell, die...
absteht...
diese Wille...
sagen, daß...
die Allgen...
Standpun...
hören man...
Ergebnisse...
Vortrag über...
heim über...
Frage der...
Es ist von...
sagt, w...
daß man...
angehen...
dividuelle...
sicht, daß...
von „Bega...
weit dies...
sein könne...
fähdet wie...
ziehungsst...
eingelene...
zufolge...
also etw...

Die Vo...

1. W...
sondere...
gepflegt...
2. R...
Rängel...
lönnen, j...
3. E...
maltsaff...
weita...
rückbleibe...
feien von...
Dand...
über den...
nen 2 e h...

Die Vo...

Die A...
Bille n...
schre r...
erschöpf...
scheidung...
samkeit...
Kartell, die...
absteht...
diese Wille...
sagen, daß...
die Allgen...
Standpun...
hören man...
Ergebnisse...
Vortrag über...
heim über...
Frage der...
Es ist von...
sagt, w...
daß man...
angehen...
dividuelle...
sicht, daß...
von „Bega...
weit dies...
sein könne...
fähdet wie...
ziehungsst...
eingelene...
zufolge...
also etw...

Die Vo...

1. W...
sondere...
gepflegt...
2. R...
Rängel...
lönnen, j...
3. E...
maltsaff...
weita...
rückbleibe...
feien von...
Dand...
über den...
nen 2 e h...

Die Vo...

Die A...
Bille n...
schre r...
erschöpf...
scheidung...
samkeit...
Kartell, die...
absteht...
diese Wille...
sagen, daß...
die Allgen...
Standpun...
hören man...
Ergebnisse...
Vortrag über...
heim über...
Frage der...
Es ist von...
sagt, w...
daß man...
angehen...
dividuelle...
sicht, daß...
von „Bega...
weit dies...
sein könne...
fähdet wie...
ziehungsst...
eingelene...
zufolge...
also etw...

Die Vo...

1. W...
sondere...
gepflegt...
2. R...
Rängel...
lönnen, j...
3. E...
maltsaff...
weita...
rückbleibe...
feien von...
Dand...
über den...
nen 2 e h...

Die Vo...

Die A...
Bille n...
schre r...
erschöpf...
scheidung...
samkeit...
Kartell, die...
absteht...
diese Wille...
sagen, daß...
die Allgen...
Standpun...
hören man...
Ergebnisse...
Vortrag über...
heim über...
Frage der...
Es ist von...
sagt, w...
daß man...
angehen...
dividuelle...
sicht, daß...
von „Bega...
weit dies...
sein könne...
fähdet wie...
ziehungsst...
eingelene...
zufolge...
also etw...

zum Sozialismus mit Methoden zu vertauschen, die in andern Ländern notwendig und möglicherweise erfolgreich sein können, wo das Temperament des Volkes, die historische Ueberlieferung und die Macht der Demokratie wesentlich verschieden sind.

Mit seinen letzten Worten zielt Snowden auf Rußland. Das heutige Deutschland bietet mit seiner rein demokratischen Verfassung, die noch bei weitem freier ist als die englische ist, jeder Partei die Möglichkeit, eine ungehinderte Propaganda für ihre Ziele entfalten zu lassen. Ob es den Betreffenden gelingt, die Mehrheit des Volkes für sich zu gewinnen, ist ihre Sache. Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes bedankt sich hoffentlich sehr entschieden dafür, daß ihm die eine oder andere Anschauung mit Gewalt aufgetrieben wird.

Die Volkswirtschaften wollen auch die Gewerkschafts-Internationale zerstören

Die unabhängige „Freiheit“ berichtet vom Moskauer Volkswirtschaftenkongreß:

Der zweite Kongreß der 3. Internationale hat sich u. a. auch mit der Frage der Gewerkschaften beschäftigt. Die Vertreter der Gewerkschafts- und Produktionsverbände Russlands, Italiens, Spaniens, Frankreichs, Bulgariens, Serbiens und Georgiens entwarfen auf Veranlassung des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale Richtlinien für die revolutionäre Betätigung und Umformung aller bestehenden Gewerkschaften. Sie erklärten, daß sogenannte Reformen wie z. B. Verkürzung des Arbeitstages, Lohnerhöhung, bessere Arbeitsbedingungen usw. zwar den Klassenkampf erleichtern, aber die soziale Frage nicht lösen können. Der größte Teil der Gewerkschaftsverbände in den Ländern, die am Kriege teilgenommen hätten, seien im Laufe der letzten Kriegsjahre als Anhänger des Neutralismus zu Diensten des imperialistischen Kapitalismus geworden und hätten dadurch die endgültige Befreiung der Welt von der kapitalistischen Revolution und zur Errichtung der Weltrevolutionärepublik, alle gewerkschaftlich organisierten Kräfte zu einer mächtigen revolutionären Massenorganisation zu vereinen, die Schulter an Schulter mit den politischen Organisationen des Proletariats zu kämpfen hätten. Dieser Kampf mußte im internationalen Maßstab, in enger Zusammenarbeit aller nicht nach Berufs-, sondern nach Industrien zusammengeführter Arbeiter geführt werden. Weil die Amerikaner internationale Föderation der Gewerkschaften ihrem Programm und ihrer Taktik nach nicht fähig sei, diese Arbeit zu leisten, wurde folgender Beschluß gefaßt:

1. Die Taktik des Austritts der revolutionären Elemente aus den bestehenden Gewerkschaftsverbänden ist zu beurteilen. Die revolutionären Elemente sind in jedem Teil verpflichtet, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Opportunisten, die mit der Bourgeoisie während des imperialistischen Krieges zusammengearbeitet haben und die auch jetzt nach den Interessen des imperialistischen Kapitalismus dienen, indem sie an der betrügerischen Tätigkeit des Völkerverbundes teilnehmen, aus diesen Verbänden zu verdrängen.

2. Innerhalb des Rahmens der Gewerkschaftsverbände der ganzen Welt ist eine Propaganda für den Kommunismus zu entfalten und in jede Organisation sind kommunistische und revolutionäre Gruppen zur Propaganda und Durchführung unseres Programms zu gründen.

3. Ein internationales Komitee zur Neuorganisation der Gewerkschaftsbewegung ist in diesem Sinne neu zu organisieren. Dieses Komitee funktioniert als Internationales Rat der Gewerkschaftsverbände und arbeitet im Einvernehmen mit dem Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale unter Bedingungen, die vom Kongreß festgelegt werden. Im Rat müssen alle Gewerkschafts- und Produktionsarbeiterorganisationen vertreten sein, die der kommunistischen Internationale angeschlossen sind. Ein Vertreter des Internationalen Rates der Gewerkschaftsverbände hat dem Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale als Mitglied beizutreten, wie auch ein Vertreter des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale dem Internationalen Rat der Gewerkschaftsverbände als Mitglied beizutritt.

Daß die Moskauer Machthaber auch die Gewerkschaften unter ihre Diktatur bringen möchten, ist von ihrem Standpunkt aus erklärlich. Wenn sich aber in den westlichen

Stadt und Land zum Preisabbau

Gleichsam als Fortsetzung und Ergänzung der letzten Mittwoch stattgefundenen Versammlung der Betriebsräte Karlsruhe, in der Herr Dr. Müller über die Frage des Preisabbaus und die Errichtung von Preisprüfungsstellen sprach, fand am Sonntag mittig im Rathhause eine Besprechung mit den Vertretern der Gemeinden des Kreises Karlsruhe statt, in der die Frage der Preisprüfungsstellen mit den Vertretern der Produzenten eingehend besprochen wurde. Die Versammlung war, wie wir schon kurz berichteten, aus den Gemeinden des Kreises gut besucht.

Bürgermeister Sauer begrüßte im Namen der Stadtverwaltung die Versammlung. Er bemerkte, die Hoffnung auf eine Senkung der Preise nach Kriegsende sei leider nicht in Erfüllung gegangen. Unter diesem Druck der dauernden Preissteigerungen seien nun die städtischen und gemeindlichen Preisprüfungsstellen entstanden. Allerdings müßte auch hier ein Fundament geschaffen werden, damit nicht einzelne Stellen nach ihrem eigenen Kopf arbeiten. Nur die Zusammenarbeit aller Kommissionen als Ganzes wird die entsprechende Wirkung haben. Sodann sprach der Vorsitzende der Preisprüfungsstelle Karlsruhe, Dr. Müller, über die Errichtung von Preisprüfungsstellen. Der Redner beleuchtete zunächst die Licht- und Schattenseiten der nun begründeten Preisprüfung und meinte, daß wir keinen Grund hätten, diese Preisprüfung wieder aufzuweichen. Die Preisprüfung ist erreicht, was, daß unsere Volkswirtschaft nicht zerfällt, doch konnte das Schicksal und die Zukunft nicht beiseite gelassen werden. Staat und Gemeinde dürfen nicht unternehmen sein, das Ziel müßte sein: weder Staats- noch Gemeindegewinn, sondern Volkswirtschaft. Die Volkswirtschaft hat uns zu einer ungenügenden Preisbildung getrieben. Wenn es uns nicht gelingt, diese zu beseitigen, so wird fürchterliche Not und Elend unausweichlich sein. Zur Bekämpfung der Willkür der Preisbildung gewisser Kreise führte der Redner ein treffendes Beispiel vom Zweifelhafmarkt an. Die Karlsruher Kommission erreichte bei Verhandlungen mit den Bühler Händlern einen Zweifelhafpreis von 60 A, womit sich dieselben auch abfanden. Die Herren Verkäufer des Nordens überboten diesen Preis und zahlten 140 A. Man darf sich nicht wundern, wenn die Bauern an die letzteren ihre Waren absetzen. Zum großen Teil gelangt dieses Obst aber nicht an die Bevölkerung, sondern man verschleppt es in die Brennerien über die Grenze.

Die Preisverwertung berechtigt zu keinen großen Hoffnungen. Das Vieh wird aufgelaufen und wandert ebenfalls ins Ausland. Das sind die Folgen des freien Handels. Ueberall bilden die industriellen Ringe, durch die auch die landwirtschaftlichen Arbeitsgeräte, Düngemittel usw. in die Höhe getrieben werden, weshalb die Preiskommissionen hier nach einem Ausgleich trachten müssen. Der Redner bittet noch die anwesenden ländlichen Vertreter, die ärztlichen Feststellungen, wonach 60 Proz. unweiliger Kinder in der Stadt Karlsruhe schwindkräftig sind, zu beachten. Sie sollen nicht das Leben und Treiben auf der Kaiserstraße, in den Cafés und Kabarets als Maßstab nehmen, sondern dort hinter sich, wo bitterer Not herrscht, wo Proletarinder mit dünnen Beinen, klaffen Wangen und sahlen Augen an das Gefühl der Menschlichkeit appellieren. Wenn sie das sehen, dann werden auch sie mit Freude mit den Städten zusammenarbeiten. Es muß nun ganz energisch dem Widerstand gekämpft werden, wir müssen den Händlern eine Preisspanne vordrängen. Die Mägenfrage muß gelöst und die politischen Parteien in dieser Krise ausgeschaltet werden, nur dann wird es uns möglich sein, eine Einigung zu erreichen. Wir wollen gemeinsam zusammenarbeiten, um das Hungertum unseres Volkes nicht zu vergrößern.

In der anschließenden Diskussion appellierte Bezirksrat Seitz (Wanzenloch) an die Landwirtschaft, das Aufsparen des Rammons hätte doch keinen Zweck, denn mit dem Zusammenbruch des Reiches kommt auch der Geldfuß unter dieäder.

Staaten innerhalb der Gewerkschaften auch nur eine Winderheit für diesen Wahnsinn finden würde, wäre es bereits neues Unglück für die gesamte Arbeiterbewegung. Wie wir unsere Kommunisten und einen Teil der Unabhängigen kennen, werden sie mit Freude auch dieser Moskauer Parole folgen, es gilt ja zu zerstören und nicht mühevoll aufzu-

Gemeinderat Munding (Wretten) schildert die örtlichen Verhältnisse und empfahl eine rasche Preisregulierung, damit auch wir wieder konkurrenzfähig werden. Gemeinderat Heil (Niedelsheim) polemisierte gegen die christl. Kirche. Der Landwirt sei es Angst vor der Sozialisierung. Es gebe nun nur noch eines: kapitalistisches oder sozialistisches System, ersteres dürfte wohl schon als begraben betrachtet werden. Bürgermeister Sauer bittet die Redner, nicht die Politik in die Debatte hinzuziehen. Diefem schloß sich auch Bürgermeister Red (Eggenstein) an, der sich im großen ganzen mit der Denkschrift der Preisprüfungsstelle einverstanden erklärte. Betreffend des Tages: „Wo Polizei und Regierungsorgane versagen, wird die Einhaltung der Richtlinien und Vereinbarungen durch Selbsthilfe veranlaßt“ bittet Redner um Aufklärung. Im Prinzip stimme er allen Forderungen zu. Die Landwirtschaft ist bereit, man muß aber auch von der Gegenseite daselbe verlangen. Der Kunstdünger, der um das zehn- und zwanzigfache gestiegen sei, soll im Herbst eine nochmalige Erhöhung erfahren, dem müßte tatkräftig entgegengetreten werden. Dr. Müller gab Herrn Red eine beruhigende Antwort betreffs „Selbsthilfe“. Linz (Aue) machte praktische Vorschläge zur Selbsthilfe und ging besonders mit den Tabakanpflanzern scharf zu Gericht.

Da noch eine große Anzahl Redner vorgemerkt waren, wurde ein Antrag, die Redezeit auf 5 Minuten festzusetzen, einstimmig angenommen. Stadth. Braun (Weiertheim) empfahl eine bessere Vorrichtung auf den Uebergangsstationen. Gehler (Wärsch) hat die Vertreter der Landwirtschaft um regere Beteiligung an der Debatte. Baumann (Horsheim) mißt eine große Schuld an den Uebelständen den Städten selbst bei, die die Preise durch das Hamstern unnötig in die Höhe treiben. Gemeinderat Fuhs (Eggenstein) bringt Klagen der Landwirte vor. Der teure Düngepreis mache eine billigere Abgabe der Milch unmöglich. Nur wenn Angebot und Nachfrage einmal richtig geregelt seien, würde auch die Preisfrage bald ins reine kommen. Betriebsrat Bürkle (Karlsruhe) tritt für Preisüberwachungsstellen ein, um auch den so beliebten nachlässigen Einkauf zu verhindern. Erst müsse man bei den Lebensmitteln abbauen, dann könne man an die Löhne denken, denn die Arbeiter dürften nicht die Leidtragende sein. Bürgermeister Aler (Aue) meinte, die Preisprüfungsstelle Karlsruhe habe die Preise für Obst zu hoch angefaßt. Die Landwirte von Aue würden ihre Ware gerne um einen niedrigeren Preis absetzen, damit nichts verderbe, denn durch den hohen Preis sei auch der Absatz dementsprechend. Bürgermeister Sauer (Karlsruhe) erklärt sich mit der Preisüberwachung einverstanden, doch müssen alle Preise, auch die der landwirtschaftlichen Maschinen, abgebaut werden. Herr Amtsrat Hoffmann (Mannheim) behauptet, daß bisher die Bevölkerung so wenig Gebrauch gemacht hat von den Preisprüfungsstellen. Er vertritt die Meinung, daß wenn einmal Mißgriffe gemacht werden, nicht alle auf einen schimpfen sollen, sondern daß da jeder einzelne schuld daran trage. Wir werden das Problem der Preisprüfungsstellen nicht ganz lösen können, doch der Versuch muß gemacht werden. Es ist unmöglich, Einheitspreise im ganzen Lande einzuführen, da die Verhältnisse verschieden sind.

Zum Schluß betonte Sauer (Karlsruhe), daß die Richtlinien im Auftrage der Stadtverwaltung herausgegeben worden sind, und auch diese für den Sach betr. „Selbsthilfe“ die Verantwortung übernehme. Wir dürfen uns vor der nackten Tatsache nicht die Augen verschließen, daß die Karlsruher Unruhen aus der Not heraus entstanden sind und um weiteres Unglück und weitere Opfer zu verhüten, müssen Mittel und Wege gefunden werden. Die Stadt Karlsruhe ist mit gutem Beispiel vorangegangen, doch dürfen die Millionenopfer, die gebracht worden sind, nicht umsonst sein.

Nachdem die Entschließung, die wir bereits mitgeteilt haben, einstimmig angenommen und der Ausschuß gebildet worden war, konnte der Vorsitzende Bürgermeister Sauer um 1/6 Uhr die Sitzung schließen.

bauen, und da muß ein echter Radikalismus natürlich dabei sein. Wenn wir auch überzeugt sind, daß die deutschen Gewerkschaften auch diesen bolschewistischen Forderungenversuchen erfolgreich Widerstand zu leisten vermögen, aufgepaßt muß deshalb werden, um Schäden zu verhüten, der durch die einsehenden Dieretreiberien entstehen kann.

Die Vertreterversammlung des Badischen Lehrervereins

Die Tagungen des Badischen Lehrervereins sind als Willensausdruck der Badischen Volksschullehrer von einer Bedeutung, die sich nicht in Ständefragen erschöpft, sondern in Bezug auf die Schule und öffentliche Erziehung als Kulturorgan, von ebenso politischer Bedeutung. Es ergibt sich hieraus für den Kulturpolitiker einer Partei, die aus natürlichen Gründen der Volksschule besonderes Interesse hat, die Aufgabe, von seinem politischen Standpunkt aus diese Willensäußerungen kritisch zu prüfen. Man darf wohl sagen, daß in diesen zwei Tagen in Offenburg sehr wichtige, die Allgemeinheit interessierende Fragen von sachdienlichem Standpunkte aus betrachtet wurden, auf deren Ergebnisse zu hören man alle Ursache hat. Schon der erste Tag war in seinen Ergebnissen von wesentlicher Bedeutung. Anschließend an einen Vortrag des Prof. Peters von der Handelshochschule Mannheim über das „Begabtenproblem“ wurde die moderne Frage der „Differenzierung“ des Volksschulwesens erörtert. Es ist von Wichtigkeit, daß hier von der Seite der Wissenschaft, wie von der Seite der Praxis aus festgestellt wurde, daß man an diese Fragen mit der größten Aufmerksamkeit herangehen müsse, wolle man nicht ungenügenden sozialen und individuellen Schäden errichten. Einmütig war man der Ansicht, daß innerhalb der Volksschule selbst eine Heranbildung von „Begabten“ eine pädagogische Verlehrtheit wäre, vor allem weil dies nur die Veranlassung einseitig intellektuell Begabter sein könne, wodurch die viel wichtigere Erziehungsaufgabe gefährdet würde. Die Volksschule muß auf breiter Basis Erziehungsschule und nicht Wissensschule sein. Die Gründe im einzelnen anzuführen würde zu weit führen. Man kam demzufolge zu einer Ablehnung der Differenzierungssysteme (also etwa des Mannheimer) und nahm folgende Sätze an:

1. Begabtenklassen sind abzulehnen. Dagegen können besondere Reigungen und Begabungen in wahlfreien Kurzen gepflegt werden.

2. Kinder, die zwar unterrichtsfähig, aber infolge geistiger Mängel nicht am Unterricht der allgemeinen Schule teilnehmen können, sind Hilfsschulen bzw. Hilfsklassen zuzuwenden.

3. Ein besonderer Zwischenzug zwischen Hilfs- und Normalklassen ist nicht zu schaffen. Für solche Schüler, die zeitweilig oder aus gesundheitlichen oder anderen Ursachen zurückbleiben, ist Nachhilfeunterricht einzuführen. Ein Wiederholen von Klassen soll daneben nicht ausgeschlossen sein.

Hand in Hand mit diesen Erörterungen ging die Beratung über den vom Ausschuß für Erziehungswissenschaft geschaffenen Lehrplandentwurf, der in seinen Grundgedanken an-

genommen wurde. Hauptsächlich entzündete man sich aber auch bei dem Ministerium in dieser Frage mit der Lehrerschaft zusammenarbeiten. Es scheint uns gerade dies von weitreichendster Wichtigkeit zu sein. Daß man bis heute leider noch nicht daran denkt, in der allein produktiven Weise mit der Lehrerschaft zusammenzuarbeiten, das beweist die Debatte über die Reichsfrage, die offenbar, nachdem lange Zeit darin überhaupt nichts geschahen war, nun auf die allerungünstigste Weise technisch und grundsätzlich geregelt werden soll. Die Lehrerschaft entschloß sich in dieser Sache zu folgender Forderung:

1. Die Vertreterversammlung behauptet, daß die Organisationen der Lehrerschaft neuerdings besonders bei der Umarbeitung der bisherigen Lehrbücher durch die amtliche Behörde ausgegliedert werden und nur nachträglich gutachtlich gehört werden sollen.

2. Die Vertreterversammlung befürwortet, daß eine wirkliche Neubearbeitung der badischen Volksschullehrbücher durch die jetzt eingeleitete Umarbeitung der bisherigen Lehrbücher auf lange Zeit verschoben wird. Die Vertreterversammlung erstattet, daß die Lehrorganisationen in Zukunft bei allen schulpolitischen und erziehungswissenschaftlichen Fragen (sowohl bei der Beratung der grundsätzlichen Vorklagen wie auch zur verantwortlichen Mitarbeit und Mitentscheidung herangezogen werden.

Tatsache ist, daß es der Behörde nicht unbekannt sein dürfte, daß von seiten der Lehrerschaft auf diesem Gebiet schon gearbeitet wird und daß die organisierte Lehrerschaft nicht willens ist, sich von oben herunter ihre Lehrrmittel bevordnen zu lassen. Man darf auch hier von den politischen Parteien erwarten, daß sie der Lehrerschaft in dem Kampf gegen eine Erziehungsbürokratie zu Hilfe kommen; daß bei der sozialdemokratischen Partei die Lehrer hier noch am ersten etwas zu erhoffen haben, das hat ja die Interpellation des Abg. Dr. Krauß bewiesen. Ferner gelangte ein Entwurf zu einem neuen Schulgesetz zur Beratung, dessen Grundzüge einen erfreulichen Geist atmen. Hier haben wir ein Schulgesetz, in dem wirklich etwas vom neuen Geist zu verspüren ist. Wir wollen hoffen, daß dieser Entwurf von Lehrerseite einen wesentlichen Einfluß bei der Gestaltung des Schulgesetzes durch die Volksvertretung ausüben wird.

Ueber die Besoldungsfrage wurde eingehend Aufschluß erteilt. Die Lehrerschaft hat keinen Grund von ihrem bisherigen Standpunkt abzuweichen. Es ist nach wie vor entscheidend diese Frage grundsätzlich zu betrachten und erst in der Einleitung der Lehrerschaft in Gruppe 7 und 8 des Gehaltsstufens eine Erregung der Lehr- und Erziehungsarbeit an der breiten Masse des Volkes, wie sie von Regierung und Parlament eines Volksrates nicht erwartet werden dürfte. Wir möchten zu letzterem bemerken, daß das Parlament in dieser Sache das letzte Wort

nicht gesprochen hat. Die Red.) Die Vertreterversammlung protestiert gegen diese gehaltliche Unterbewertung. Die auf wissenschaftlicher und künstlerischer Grundlage zu leistende Unterrichts- und Erziehungsarbeit in der Volksschule kann ihr Wertmaß nur in der wesensgleichen Tätigkeit der Lehrer an höheren Schulen finden und mit dieser in ein entsprechendes Verhältnis gesetzt werden. Die Lehrerschaft erwartet daher bei der Revision des Gehaltsstatutes die Erfüllung ihrer begründeten Wünsche und darum auch gerechten Forderung: Einreichung in die Stufen, die den der akademisch gebildeten Lehrer unmittelbar voraussehen, also in 8 und 9 des jetzigen Tarifes. Der Homogenität aller in der Volksschule geleisteten Arbeit entsprechend, wird ein Aufsteigen in höhere Gehaltsstufen nach dem Beförderungsprinzip unter allen Umständen abgelehnt. Das Aufsteigen darf nur nach dem Dienstalter erfolgen. Das Vorgehen einzelner Oberlehrer und Rektoren in Selbstverwaltungs- und Gehaltsfragen wurde sehr scharf mißbilligt, und unseres Erachtens durchaus mit Recht. Es ist ein Anfang, daß die Lehrerschaft, indem eine solche rein verwaltungsmäßiger Natur, als Ausdruck einer „gehobenen Lehrerschaft“ dienen soll. Das bedeutet im tiefsten Grunde eine Verächtlichmachung der eigentlichen Erziehungsarbeit, gegen die nicht scharf genug protestiert werden kann. Daß man versucht, selbst in sozialdemokratischen Kreisen mit solchen Mäßen Stimmung zu machen, ist bedauerlich; gerade für den Sozialisten sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß die Volksschule nur dann eine wahre Erziehungsschule und Einheitschule sein kann, wenn die Erziehungsarbeit an erster und wesentlicher Stelle steht und dies auch in den Formen der Selbstverwaltung und der gehaltlichen Stellung aller Lehrer deutlich zum Ausdruck kommt.

Damit haben wir die wichtigsten, die Allgemeinheit insbesondere berührenden Fragen der Tagung gestreift; die anderen dort verhandelten Dinge sind mehr Organisationsfragen, auf die wir hier nicht eingehen brauchen. Zusammenfassend darf man wohl sagen, daß die badische Lehrerschaft auf ihrem Gebiete den Geist neuen Wandens und zukunftsreichen Willens verkörpert. Daß es aber nötig ist, gegenüber den verschiedenen Strömungen von rechts her diese Einstellung zu stützen, das unterliegt keinem Zweifel. Es kann dies einerseits dadurch geschehen, daß insbesondere die Partei, welche der Volksschule am nächsten steht, die Sozialdemokratie, die Forderungen der Lehrerschaft unterstützt; es ist deshalb noch lange nicht gesagt, daß die badische Lehrerschaft sich „im Rahmen der Sozialdemokratie“ befindet. Nebenbei eine tüchtige agitatorische Propaganda sowohl sachlich wie persönlich; die Lehrerschaft erhebt ihre Forderungen aus der Erfahrung ihrer Praxis und aus wissenschaftlichen Gründen; aber andererseits würde die politische Unterstützung noch viel klarer und einträglicher sich gestalten können, wenn die Mehrheit der badischen Lehrerschaft erkennen wollte, wohin sie politisch gehört; in die Reihen der deutschen Sozialdemokratie.

Gemeindepolitik

4. Hornberg (Schwarzwald), 22. Aug. Der außerordentlich große Wohnungsmangel bestimmte den Gemeinderat, ein Zugangsverbot zu erlassen. Neuzuziehenden wird nur unter der Bedingung Aufnahme gewährt, daß sie in den ersten drei Jahren keinen Anspruch auf eine Wohnung erheben. Männer unter 26 Jahren, welche sich zu verheiraten beabsichtigen, erhalten in Hornberg vorerst keine Wohnung zugewiesen.

Konstanz, 22. Aug. Eine von vertriebenen Elsfäß-Lohnrington ins Leben gerufene Siedelungs-genossenschaft beabsichtigt in Verbindung mit der badischen Siedelungs- und Landbank und mit Unterstützung von Reich, Land und Stadt eine Anzahl von Wohnhäusern zu erstellen. Der Stadtrat erklärte sich grundsätzlich bereit, der Genossenschaft in ähnlicher Weise entgegenzukommen, wie dem hiesigen Spar- und Bauverein.

Aus dem Lande

Durlach Verein Arbeiterjugend. Morgen Mittwoch findet eine Mitgliederversammlung statt, wozu das Erscheinen aller Jugendgenossen erwünscht ist.

Mannheim, 23. Aug. Mit Rücksicht auf die freiwillige Herabsetzung des Erzeugerpreises für Milch in einzelnen badischen Amtsbezirken ist hier der Preis für Rahmgermilch von 1.20 M auf 1 M und der Preis für Vollmilch von 2.20 M auf 2.10 M pro Liter ermäßigt worden.

Mannheim, 22. Aug. Die seit einigen Wochen hier weilende Internationale Luftfahrüberwachungskommission beabsichtigt die Herstellung der in Mannheim befindlichen Flugzeuge und Flugzeugmotoren. U. a. fiel das gesamte Flugzeugmaterial des hiesigen Piloten Richard Dietrich der Herstellung zum Opfer. Es sind dies zum Teil fertiggestellte Passagierflugzeuge, die für die Errichtung eines Privatluftverkehrs bestimmt und mit hochwertigen Benz- und Mercedes-Motoren ausgestattet waren. Eines dieser Flugzeuge war in den letzten Monaten im Waldparkrestaurant am Birkenhäuschen zur Besichtigung ausgestellt, wurde jedoch von der Entente-Kommission beanstandet und mußte nunmehr weggeschafft und zerstört werden.

Die Diebstahle im Mannheimer Rangierbahnhof. Die umfangreiche Untersuchung wegen der Diebstahle im Rangierbahnhof ist nunmehr abgeschlossen. Von insgesamt 330 zur Untersuchung gezogenen Personen ist gegen 22 die Anklage erhoben, während das Verfahren gegen 98 Beschuldigte eingestellt worden ist. Gegen 30 Angeklagte hat die Hauptverhandlung vor der Strafkammer noch stattgefunden, die übrigen Angeklagten sind bereits abgeurteilt. Die ausgesprochenen Strafen bewegen sich zwischen 1 Woche und 2 Jahr 9 Monaten Gefängnis. Freigesprochen wurden 11 Angeklagte.

Dettingen, 23. Aug. Bei einer Probefahrt eines Benzschen Automobils sprangen vier Kinder vor dem Kraftwagen über die Straße. Eines der Kinder wurde dabei von dem Scheinblech des Autos an der Stirn gestreift und so schwer verletzt, daß es bald darauf starb.

Ettenheim, 22. Aug. Ein mit zwei Franzosen besetztes Auto fuhr am Freitagabend auf der Landstraße mit dem Einpännerführer des Kaufmanns Martin Velte zusammen. Das Pferd, dem zwei Weine abgefahren wurden, mußte sofort geschlachtet werden. Während der Fahrer unbeschädigt davon kam, wurde einer der Autofahrer durch Glassplitter am Kopf ziemlich schwer verletzt.

Ueberlingen, 22. Aug. Der Fischer Brauchli von Dettingen kam in einer angeschwommenen Gondel die Leiche des Diplomaten Grafen Eduard v. Galden bei der schwedischen Gesandtschaft in Berlin. v. Galden hielt sich wiederholt in Ueberlingen auf, wo er seit einigen Tagen im Badhotel wieder Aufenthalt genommen hat. Die gerichtliche Untersuchung stellte Selbstmord fest. Der Revolver lag am Boden der Gondel.

Ein Autozusammenstoß.

W. W. Kastatt, 23. Aug. Das Auto der Firma Degler, das von einer Bauhütte kam, fuhr einen Kraftwagen des Brauers Franz an und rief diesem die Steuerung weg. Der Wagen fuhr in eine Gruppe spielender Kinder hinein, wobei ein Knabe den Tod erlitt. Der Unfall ereignete sich in der Nähe von Görden.

Ein schweres Bootunglück auf dem Rhein.

W. W. Kastatt, 23. Aug. Ein Boot des Kastatter Rudereklubs geriet auf einer Rheinfahrt unweit Lauterberg in die Wellen eines von Duisburg kommenden und nach Straßburg fahrenden Rheinschleppers. Als die Insassen bemerkten, daß Wasser in das Boot eindrang, sprangen drei von ihnen in den Rhein, um das Ufer schwimmend zu erreichen, gingen jedoch nicht weit von dem schifflichen Ufer unter. Die beiden anderen Insassen konnten schließlich gerettet werden. Die Ertrunkenen sind ein Student namens Eugen Krum, der Sohn des Direktors Krum von Kastatt, sowie die beiden Damen Lina Bloedt,

Theater, Kunst und Wissenschaft

Als „kurze Unterbrechung“ war die theaterlose Zeit bezeichnet worden und doch stand über der Aufführung des „Algenbaran“ am letzten Sonntag, von zwei bedeutenden schwarzen Händen geführt: „Eröffnungsvorstellung“. Nun darf man aber beim Theater nicht alles wörtlich nehmen und in diesem Sinne sei auch dieser Anfang ohne Auseinandersetzung hingenommen — zumal er vortrefflich war. Ausverkauf bis auf die letzte Reihe ging die Stimmung des Publikums bald auf die Darsteller über, sodas der erste Akt gegen Ende sich recht schwungvoll gestaltete. Das Orchester unter Wilhelm Schweppe gab seine Empfehlung für die nächste Spielzeit in keiner Klagenfaltung ab. Aber die Aufführung zu berichten, hatten wir ja vor kurzen Gelegenheit. Freilich Dank gab wieder in der gewohnten drastischen Weise den Schweinefritten Japan; wir freuen uns, den trefflichen Künstler in nächster Zeit wieder öfter auf der Bühne begrüßen zu können. — Die Bedeutung und Leistungsfähigkeit einer Kraft scheint man an der Oper jetzt immer mehr einzusehen und werten zu lernen; das ist die im wahren Sinne des Wortes stimmgebende Käthe Dell, die zum erstenmal die Saffi sang. Der edle, feingebildete Stimmklang dieser Sängerin kam hier zu hervorragender Wirkung. Natürliche Veranlagung und treffliche, die noch vorhandenen Unausgeglichenheiten der Höhenlage sichtlich noch festhaltende Gesangsbehandlung finden sich zu der Einheit einer Erscheinung zusammen, der sich vor allem notwendig ist: Klänge und damit immer freier werdendes Entfalten der wertvollen Mittel. Dieser Stimme wird einmal eine Rolle gehören, und in diese Richtung sei sie gewiesen: die Tosca! Und damit dürfte auch ihre Saffi genügend gekennzeichnet sein. Die übrigen, voran der Veritän von Franz Schwerdt, der gar nicht immer fortissimo zu kommen braucht, geben ihr bestes. So kam eine recht lebendige Aufführung zustande.

Die versprochene Verbesserung der Musik trifft doch nur bedingt zu. Laut anderweitiger, verlässlicher Aussage soll auch auf der Galerie immer noch nicht viel an gesprochenen, geschweige an gesungenen Worten verständlich sein. Wir wollen noch den „Barbier“ abwarten.

die Tochter des Lehrgemeisters Bloedt von hier, und Marie Hermann, Tochter des Gedichters von hier.

Pferdevermittlung. Die Korrespondenz der badischen Landwirtschaftskammer teilt mit: Die Demobilisierung ist schon längst beendet. Die Zumeisterung von Pferden durch die Militärverwaltung an die Landwirtschaftskammer hat in letzter Zeit vollständig aufgehört. Die der Landwirtschaftskammer zugewiesenen Pferde sollen in erster Linie an Kriegesverletzte, Kriegsgefangene, Kriegshinterbliebene und an solche Landwirte und Gewerbetreibende abgegeben werden, die mit staatlicher Unterstützung angeeignet werden sollen, oder deren Betrieb im öffentlichen Nutzen gelegen ist und die nicht in der Lage sind, auf eine andere Art sich Pferde zu beschaffen. — Bis die bei der Landwirtschaftskammer vorliegenden Anträge um Zumeisterung eines Pferdes erledigt werden können, würden, falls keine andere Dedung erfolgt, Jahre vergehen. Neue Anträge können daher nicht mehr vorgemerkt werden. Weitere Gesuche um Zumeisterung von Pferden an die Landwirtschaftskammer sind also zwecklos. Die Vormerkung, die in absehbarer Zeit doch keine Aussicht auf Erfüllung hat, würde nur falsche Hoffnungen bei den Antragstellern erwecken. Es gilt also auch hier mit feststehenden Tatsachen zu rechnen.

Aus der Stadt

* Karlsruhe, 24. August.

Zeitsonette

Es liegt ein Bangen in der Luft. Die Sonne brennt. Der Tag steht schmil. Im Osten flirrt wie Kampfgewühl. Im Osten gähnt wie Gruft an Gruft. Besonnenheit! Und ruhig Blut! Ein falscher Rud: das Schifflein faust Dem Abend um! Buherrsch! die Faust, Wie sehr sie zittert auch in Wut! Ein falscher Rud: was du gefügt Zum Fundament in Stein und Not, Ein leiser Aufschau schon genügt Und wieder grausen Krieg und Tod. Von Nord und West, von Dual und Streit. Klirr: nur die Diez... Besonnenheit!

Nachgeschmack zum Sonntagsausflug

Am hiesigen Hauptbahnhof herrschte Sonntag abends, wenn die Ausflügler von ihrer wohlverdienten Sonntagsausspannung zurückkehrten, geradezu unbeschreibliche Zustände. Die Abendzüge — Kurzüge und sonstige Züge — kommen jeweils überfüllt aus dem Oberland zurück. Gepäck- und Güterwagen sind mit Menschen geradezu vollgepfropft. Dagegen ist wohl infolge der uns durch den Friedensvertrag auferlegten Ablieferung von Wagenmaterial an die Entente nichts zu machen.

Wer aber glücklich aus den überfüllten Wagen herausgeklert ist, dem empört die unerhörte Organisation des Dienstes an den Bahnsteigperronen. Gerade in dieser Zeit des Hauptverkehrs, wie er notwendig nur einmal vorkommt, könnte man doch verlangen, daß die Bahnverwaltung wenigstens sämtliche Sperren mit Beamten besetzt, damit sich der Menschenstrom doch wenigstens einigermaßen verteilen kann. Dagegen ist nicht nur regelmäßig auch an Sonntagen die Unterführung am Oben des Hauptbahnhofs für den Verkehr gesperrt, sondern es sind nach nicht einmal alle Ausgänge nach dem großen Schalterraum geöffnet. Wer einmal den Anblick gesehen hat, wie sich an solchen Sonntagsabenden die Leute auf den Treppen der westlichen Unterführung in lebensgefährlicher Weise drängen und stoßen, wie sie dann mit den nach den Heidelberger Personenzügen aufwärts drängenden Massen auf der Treppe zusammenstoßen, so daß überhaupt kaum mehr ein Ausweg möglich ist und wie sich dann an der Sperre das gleiche Schauspiel wiederholt, der wird nicht bestreiten können, daß die zuständigen Behörden die Pflicht haben, hier nach dem Rechte zu sehen. Es muß unbedingt in diesen Stunden des Hauptverkehrs die ständige Unterführung mit ihren sämtlichen Sperren und ebenso sämtliche Durchgänge der westlichen Unterführung für den Verkehr geöffnet werden. In diesem Falle können sich die Behörden, mit den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen nicht entschuldigend, denn ein Mangel an Beamten besteht nicht, und es ist lediglich eine vernünftige Verringerung in der Schichtordnung notwendig, um hier geräteten Menschenmassen Abhilfe zu verschaffen. Wenn erst einmal eine schone Tages durch eine aus irgend welchen Gründen ausgebrochene Panik in den gedrückten Menschenmassen unabsehbares Unglück geschehen ist, ist es zu spät. H.

Gebührnisse der Altpensionäre und Hinterbliebenen

Durch das gleichzeitig mit dem preussischen Beamten-Dienst-einkommengesetz vom 7. Mai 1920 in Kraft getretene Beamten-Altenheimgesetz haben die Bezüge der preussischen Altpensionäre und Hinterbliebenen eine zeitgemäße Aufbesserung erfahren. Der Entwurf eines entsprechenden Reichsgesetzes ist während der kurzen Sommerferien des Reichstages leider nicht mehr zur Beratung gekommen. Er soll nunmehr dem Reichstag sodie nach seinem Zusammentritt im Herbst vorgelegt werden. Um aber den Altpensionäre und Hinterbliebenen während der Übergangszeit über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach Möglichkeit hinwegzuhelfen, hat sich der Reichsminister der Finanzen schon im Mai damit einverstanden erklärt, daß den Genannten neben den ihnen gesetzlich zustehenden Pensionen und Hinterbliebenengebührnissen ein Betrag in Höhe der Hälfte dieser Bezüge als Vorschuß auf die in Aussicht stehenden höheren gesetzlichen Gebührnisse gezahlt wird. Die Zahlungen erfolgen von Amts wegen, also ohne Antrag und auch ohne Prüfung des Bedürfnisses.

Aus dem Malergewerbe

Am 13. August ds. J. berietete in einer Mitglieder-versammlung des Malerverbandes der Bezirksleiter G. H. Stüttgen über den Verlauf der am 4. und 6. August d. J. in Berlin stattgefundenen Verhandlungen des Haupttarifamtes über eine neue Teuerungszulage. Die bei diesen Verhandlungen zur Beratung stehenden Forderungen der Gewerkschaft bewegten sich fast ausnahmslos auf der Höhe der Bauarbeiterzulage. Die Vöhrne der Malergehilfen waren an diesen Orten hinter denen der Bauarbeiter zurückgeblieben. Während z. B. in Berlin die Malergehilfen mit 5.50 M pro Stunde entlohnt werden, erhalten die Bauarbeiter 7.00 M. In Karlsruhe erhalten die Malergehilfen 5.00 M, die Bauarbeiter 5.50 M. Diese ungerechte Entlohnung hatte die Berliner Malergehilfen dazu veranlaßt, in den Streik einzutreten, wodurch erst die Verhandlungen des Haupttarifamtes in Fluß kamen, welche die Arbeitgeber zu verschärften Gedanken. Hat keinen Preis wollte der Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes vor dem 17. Sept. 19. August ds. J. (dem Zeitpunkt des Verbandstages der Arbeitgeber) in Verhandlungen eintreten, um sich auf jener Tagung eine bequeme Stellungnahme zu sichern. Bei den Ausführungen des Bezirksleiters mußte ihm die Leitung des Süddeutschen Arbeitgeberverbandes mit ihrem Sitz in Karlsruhe schied weg. Der Vorsitzende Lacroix hat seinerseits nichts unternommen, um die im letzten Jahre in Karlsruhe wiederholt stattgefundenen Verhandlungen zum Schließen zu bringen. In keinem einzigen Falle hatte Herr Lacroix den Mut angedrückt, die von ihm selbst als berechtigt anerkannten Forderungen der Gewerkschaft den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes zur Annahme zu empfehlen. Systematisch hatte Herr Lacroix darauf hinarbeitet, um sich in solchen

Fällen gegenüber den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes der Verantwortung zu entziehen. Einen Sturm der Entrüstung rief es in der Versammlung hervor, als der Referent zur Kenntnis brachte, daß seitens der hiesigen Arbeitgeberverbandsleitung ein Antrag wegen zehnprozentiger Herabsetzung der Löhne dem Haupttarifamt vorgelegt habe. Dieser Antrag war von demselben Herrn Lacroix unterzeichnet, der kurz vorher am 21. Juli 1920 bei den Verhandlungen auf dem Karlsruher Rathaus die Forderungen der Gewerkschaft für bescheiden erklärt hatte und dazu bemerkte, daß er die seitens der Arbeitgeber vielerorts erhobenen Wünsche wegen Herabsetzung der Löhne nicht in Berücksichtigung ziehen werde. Wegen dieser Erklärung ging daher auch das Haupttarifamt auf den nachträglich gestellten Antrag nicht näher ein und entschied unter andern, daß ab 8. August 1920 in Karlsruhe und Durlach eine Lohnerhöhung von 20 %, in Kaffatt und Bruchsal eine solche von 10 % pro Stunde zu zahlen ist.

Die Gewerkschaften haben nunmehr darauf zu sehen, daß diese Lohnerhöhung, die an sich den wirklichen Teuerungszulagen in keiner Weise entspricht, ab 9. August 1920 zu zahlen ist. Bei irgend welchen Verzögerungen seitens der Arbeitgeber ist das Verbandsbüro Lessingstraße 39 sofort in Kenntnis zu setzen.

Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Nächsten Donnerstag wird Gen. Schöpplin einen Vortrag halten. „Als Handwerkerburche durch Italien und Südfranzösisch“ lautet das Thema. Es wird selbst Erlebtes sein, das Gen. Schöpplin der Jugend erzählen wird, aus seinen Tagen, da der Gefelle nach abgeschlossener Lehrzeit den Wanderstab ergrieff, um als Handwerkerburche durch Länder zu ziehen, um Land und Leute kennen zu lernen. Für die arbeitende Jugend wird es besonders lehrreich sein, über jene Zeit einiges erzählt zu bekommen. Die Jugendgenossen und Genossinnen werden daher erlucht, vorgängig an diesem Abend zu erscheinen, aber auch in ihrem Besonderen- und Freundeskreise zu werden und diejenigen Kameraden, die noch nicht in der Arbeiter-Jugend sind, mitzubringen, Beginn Punkt 8 Uhr.

Die Kartoffelversorgung. Vom städtischen Preisprüfungsamt wird uns geschrieben: Die Frühkartoffelversorgung der hiesigen Stadt ist dank der Bemühungen der Stadtverwaltung, die schon vor Wochen durch ihre Beauftragte in den einzelnen Gemeinden durch Verträge und Aufklärung auf die Landwirte einzuwirken versuchte, eine befriedigende zu nennen. Die hier auf den Markt gebrachten Kartoffeln stammen in der Hauptsache aus den Gemeinden: Niedolheim, Gochstetten, Staffort, Reutshausen und Weiskirchen, Graben, Nussheim, Anielingen, Egenheim, Dürmersheim, Forchheim, Wulach und Hohenweisersbach, kleinere Mengen aus Aue und Durlach. Möge das Beispiel dieser Gemeinden, deren verständiges Vorgehen zu begründen ist, auch auf die übrigen Landgemeinden einen günstigen Einfluß ausüben, damit auch die Spätkartoffelversorgung zur Zufriedenheit ausfällt. Jetzt, nachdem ein lang ersehnter Wunsch der Landwirte dadurch in Erfüllung gegangen ist, daß die Zwangsbeschaffung für Kartoffeln aufgehoben wurde, liegt es in der Hand der Landwirte zu beweisen, daß die Beibehaltung der Zwangsbeschaffung unnötig gewesen wäre, und daß die Landwirte den festen Willen zu einer geregelten Versorgung der Bedarfsgemeinden haben, um dadurch die Weiterentwicklung der bisherigen Zwangswirtschaft auszuschießen.

Die Gewichtskontrolle der Pakete mit Papiergeld. Die Gewichtsgrenze und die Wertgrenze für Geldpakete mit Papiergeld, bei denen eine Fülle aus festem, mehrfach umgeschlagenem Papier mit guter Verschnürung und Verriegelung genügt, wurde bis auf weiteres veranschlagt auf 3 Kilo und 30 000 M. Verkaufspreis.

Das Stadtparkkonzert, das für Mittwoch, den 25. h. M. nachmittags von 14-17 Uhr planmäßig im Stadtpark vor gesehen war, fällt wegen des am gleichen Tage abends 7 Uhr in Aussicht genommenen Sommerfestes mit Sommer-nachtsball aus.

Sommernachtsfest und Sommernachtsball, wie sie für kommenden Mittwoch abend im Stadtpark und in der Festhalle von der Stadtparkkommission geplant sind, bezeugen großes Interesse. Mannigfaltig sind auch die Darbietungen, die der Besucher erwarten: Leppige Sträuße abwechslungsreicher musikalischer Genüsse, darunter eines Virtuosen, Selbstbeleuchtung des Gartens, Blumenpracht der Anlagen, Blütenduft der Spätrosen und vieler anderer Herbstblüher, Konstellationen auf dem See und — in den hell erleuchteten Parkhallen — einheimische Tanzweisen der beliebtesten Meister, unterbrochen von amüsanzen künstlerischen Darbietungen eines vornehmen Kabarett. Direktor Otto Hans Norden bringt mehrere Vorträge, Chansons, Langduette mit Frä. Kell. Schläger, sie selbst Vieder aus „Schwarzwaldbaden“, „Polenlied“ u. a. m., Frä. Kell. Kirschnick Mitternachts neuere und ältere Genes und zusammen mit Herrn Norden gleichfalls Langduette und dergleichen. Es wird ein stimmungsvolles, festliches Gespräch über dem Ganzen liegen. Falls der Wettergott das Sommerfest im Freien nicht ermöglicht, werden die gesamten Veranstaltungen (ab 7 Uhr) in die Festhalle verlegt. Zugang zu den Parkhallen in allen Fällen nur durch den Stadtpark und den kleinen Saal. Nach Schluß des Valles (12 Uhr) Straßenbahnverbindung nach allen Richtungen. Man nehme Eintritts- und Langkarten möglichst im Vorverkauf.

Die Mitglieder des Vortreibereis Fußballvereins. Trotz des etwas regnerischen Wetters hatten sich die Karlsruher Fußballfreunde in sehr großer Zahl zur Einweihung des neuen, schön und zweckmäßig angelegten Sportplatzes des Vortreibereis H. B. eingefunden, ein Beweis dafür, welche großer Verehrung sich der Verein erfreuen darf. Der Vortreibereis „Vortreibereis“ eröffnete die kleine offizielle Feier mit dem Vortreibereis „Vortreibereis“ in würdiger Weise. Die Vertreter der Vortreibereis des Verbandes füllten Fußballvereine, sowie des Gauces Mittelbaden beghlänndlichen sodann den Verein zu seiner neuen Anlage. In trefflichen Worten gaben sie ihrer Freude Ausdruck, betonend, daß der Platz eine Stätte der Erholung, sowie der Stärkung von Geist und Körper der Mitglieder des Vereines sein möge. In kurzen Worten dankte sodann der Vorstand des Vereines für die Glückwünsche. Er schloß die Schwertreden, die dem Unternehmen entgegenstanden und gab seiner Freude Ausdruck über das gelungene Werk. Nach kurzen Dankesworten an die Presse, die dem Fußballsport stets großes Interesse entgegenbrachte, übergab er den Platz seiner Bestimmung. Hierauf traten die beiden Mannschaften zum Wettspiel an. Die Vortreibereis hielten sich den Sportklub Stuttgart zu Gast geladen. Der nach einem interessanten Spiele mit 3:1 Tor Spiel für sich entschied. Ein Festbankett im Gasthof „Waldsee“ bei dem Musik- und Gesangsvereine, Prolog und Festrede wechselten, gab dem Ganzen einen schönen würdigen Abschluß.

Anfall mit Todesfolge. Gestern Nachmittag nahm der 11-jährige Sohn eines hier wohnenden Schlossers in der Wohnung seines Onkels in der Seefriedstraße in einem unbewachten Augenblick ein geladenes Revolver aus einem Weiderschrank, um damit zu spielen. Dabei entlud sich die Waffe und die Kugel drang dem Knaben ins Herz, was den sofortigen Tod zur Folge hatte.

Verhaftet wurden: Ein Ubrmacher aus Essen, der in einem hiesigen Hotel Bettwäsche gestohlen hatte und außer dieser noch mehrere Mäße im Werte hatte, über deren Erwerb er sich nicht auszuweisen vermochte, ein Tagelöhner aus Lahr wegen Diebstahls und eine Frauensperson aus Hagenau wegen Diebstahls.

Nr. 15
Lünebu
ständig
Grund für
Berlin.
Sinn des
Gutrad ver
bei Brande
Sängerin
Magde
ped (Glück
und erklä
Die Hand
Magde
nach Wend
sammlung
Düssel
den Leben
leichte Geb
bei sorgfä
ktion, sowie
Gestern wur
von den bel
trugen. Wie
gestellt sind,
tamt.
Delmen
berlogung
stehend ge
erhoben, es
fall gemein
sollen Preis
ung wurde
Bastenerle
führbar und
Berlin.
sche staatlich
übernommen
juridischgen
Berlin.
müht, hies
furt auf der
Bei der Aec
Paris
einem Berid
leno, Romf
werden. Die
Generals E
berichtet: E
moris. Die
ber. Im R
Sommerfest
Paris dieser
Generalfis
langenshaft
ist die holl
werden.
Kopen
Anman mel
nach einer
eröffnet. D
schemsi ber
angigkeit un
Einträge er
halten gegen
Echarje u
Berlin
Friedensab
erich die
Programm i
Sonderwurt
Wiederaufbe
verpflichtet
verfälscht
Vesterehler
lassen und
ation zu ver
Nüssen
Berlin
der Nähe von
Teil in gesch
Bergetre
Die Nüssen
ein, wie kürz
gebracht wor
Wie der
burg berichtet
sichtend g
über die Gre
die Truppen
sicht acht Woch
Kavallerien
des Fußvolk
gebrochen.
W
ausländ
sind ein
und fei
trossen
Franz
W
Steinstr.
Fer

Kleine Nachrichten

Lüneburg. Seit gestern sind die hiesigen Arbeiter ausständig. Lüneburg ist ohne elektrisches Licht und Gas. Der Grund für den Streik ist in Lohnstreitigkeiten zu suchen.

Berlin. Wie die „Neue Welt“ meldet, hat sich die Witwe des Prinzen Joachim von Preußen mit einem Herrn Entzard verlobt. Entzard ist ein Deutscher, der große Fabriken bei Brandenburg besitzt und in seiner ersten Ehe mit der Sängerin Salvini verheiratet war.

Magdeburg. In der Nacht zum Sonntag drang in Schönefeld (Eise) eine bewaffnete Bande in die Fabrik von Wulph ein und erklärte, die Fabrik werde zur Verfügung der roten Armee. Die Bande einwanderte Autos.

Magdeburg. Am Samstag nachmittag kam es in Staßfurt nach Beendigung einer von der A. P. D. einberufenen Versammlung zu einer Schießerei.

Düsseldorf. Infolge der kommunistischen Putschversuche in den letzten Tagen ist die Kontrolle bei den Uebergehenden in das letzte Gebiet außerordentlich verschärft worden. Jede Person wird sorgfältig untersucht, hauptsächlich nach Waffen und Munition, sowie nach kommunistischen Zeitungen und Flugblätter. Gestern wurden auf der Rheinbrücke in Düsseldorf 8 Personen von den belgischen Posten verhaftet, weil sie Waffen bei sich hatten. Waffenscheine, die von den deutschen Behörden ausgestellt sind, werden von den belgischen Posten nicht mehr anerkannt.

Düsseldorf. Die Arbeiter der Stadt, Licht- und Wasserwerk sind heute unter Bruch des Tarifvertrages in den Ausstand getreten. Die Arbeiter hatten nenerlich die Forderung erhoben, es sollte ihnen wieder, wie dies in früheren Jahren der Fall gewesen sei, auf den Kopf 104 Gl. Gasloft jährlich zum selben Preise zur Verfügung gestellt werden. Die Vergünstigung wurde vom Magistrat und der Kommission für Licht- und Wasserwerke als unter den heutigen Verhältnissen unzumutbar und deshalb unzulässig abgelehnt.

Berlin. Der „Berl. Sozialanzeiger“ meldet, daß die preussische staatliche Polizei den Schutz von Goldgeld am 16. August übernommen hat. Die Hamburger Polizei ist am gleichen Tage zurückgezogen worden.

Berlin. Wie der „Berl. Sozialanzeiger“ aus Magdeburg meldet, fielen den Kommunisten bei dem Putschversuch in Staßfurt auf der Post drei Wertbriefe von 7000 M. in die Hände. Bei der Kreisfinanzkasse erbeuteten sie 1700 M.

Letzte Nachrichten

Der russisch-polnische Krieg

Die Kampflage

Paris, 23. Aug. Spasas meldet aus Warschau: Nach einem Bericht des polnischen Pressebüros sind Warschau, Ostrowo, Komzica und Wolsztyn von der polnischen Armee besetzt worden. Die im polnischen Korridor operierende Armee des Generals Sikorski hat 20.000 Gefangene gemacht. Weiter wird berichtet: Die polnische Gegenoffensive schreitet siegreich vorwärts. Die bolschewistische Armee verläßt den polnischen Korridor. Im Norden haben wir Gollub, Dobryn, Grodnica, und Nowominsk besetzt. Die Stadt Brest-Litwsk, sowie die südlichen Teile dieser Festung sind von uns genommen worden. Der Generalkommando der 17. bolschewistischen Division ist in unserer Gefangenschaft. 18.000 Gefangene wurden gemacht. Im Süden ist die bolschewistische Kavallerie bei Mikolaj geschlagen worden.

Die Verhandlungen in Minsk

Sopotsagen, 23. Aug. Wie „Berl. Tribüne“ aus Warschau meldet, wurde die polnisch-russische Friedenskonferenz nach einer Moskauer Meldung am letzten Dienstag in Minsk eröffnet. Der Präsident der bolschewistischen Delegation Anichewski betonte in einer Ansprache, daß die Friedensbedingungen Sowjetrusslands Polen volle Souveränität und Unabhängigkeit und weit größere Gebiete zuverbrachten, als diese von der Entente erhalten habe. Er betonte die Notwendigkeit von Garantien gegen neue Angriffe.

Scharfe unabhängige Kritik an dem Verhalten Polens

Berlin, 24. Aug. Die polnische Propaganda für die Friedensablehnung wird von der „Freiheit“ als verwerflich bezeichnet. Sollte die derzeitige Regierung an ihrem Programm fest, so übernehme sie vor der gesamten Welt die Verantwortung für die Verhinderung des Friedens und für die Wiederaufhebung des Krieges im Osten. Das genannte Blatt veröffentlicht gleichzeitig den Aufruf des Internationalen Arbeiterverbandes an die Arbeiter aller Länder, sich nicht als Helfer der kapitalistischen Imperialismus gebrauchen zu lassen und energig jede Beförderung von Truppen und Munition zu verweigern.

Russen auf deutsches Gebiet übergetreten

Berlin, 24. Aug. Nach amtlichen Mitteilungen sind in der Nähe von Reidenburg 6000 bis 7000 Russen, zum Teil in geschlossenen Formationen, auf deutsches Gebiet übergetreten. Die Entwaffnung verläuft ohne Störung. Die Russen sind im Lager von Arns untergebracht worden, wohin, wie kürzlich gemeldet, bereits etwa 2000 übergetretene Polen gebracht worden waren.

Wie der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ aus Reidenburg berichtet wird, ist die bolschewistische 3. und 4. Armee verblüffend geschlagen worden. Etwa 10.000 Truppen seien über die Grenze gekommen. Ein Offizier habe ausgerufen, daß die Truppen einfach nicht mehr kämpfen könnten, weil sie sich seit acht Wochen fortgesetzt im Vormarsch befunden hätten. Die Kavalleristen hätten ständig auf den Pferden schlafen müssen, das Hauptziel sei nach der Schlacht von Straßburg zusammengebrochen.

Einberufung des Reichstags

Berlin, 24. Aug. Der „Vossischen Zeitung“ zufolge wird Präsident Ebert den Reichstag zum 18. Oktober einberufen.

Die Entwaffnung

Berlin, 24. Aug. Der Reichsminister für Entwaffnung erklärt eine erste Ausführungsbestimmung zum Verbot über die Entwaffnung der Bevölkerung. Es werden die Gegenstände aufgelistet, die als Militärwaffen angesehen und der Begriff der Militärmunition wird festgelegt. Sämtliche Vereinigungen, die Militärwaffen oder Munition im Besitz oder Gewahrsam haben, müssen diese bis zum 1. Oktober 1920 beim zuständigen Landeskommissar unter Angabe des Ortes, wo sich die Waffen befinden, die Art ihrer Aufbewahrung angeben. Ort und Zeit der Ablieferung bestimmt der Reichskommissar. Anzumelden sind auch die im Besitze von Privatpersonen oder Firmen befindlichen Militärwaffen. Die Ablieferungspflicht erstreckt sich auch auf solche Personen, die aufgrund eines bauschweigenes Militärdienstes, abgeänderten Militärdienstes oder wesentliche Teile davon im Besitze oder Gewahrsam haben. Von der Ablieferung der Waffen sind nur die Reichswehr und die zur Ausübung ihres Berufes mit Waffen versehene Beamtenklasse befreit. Die abgelieferten Waffen sind zum Gebrauch untauglich zu machen und an die vom Reichskommissar bestimmten Stellen zu führen. Wer von Waffen- oder Munitionslagern im Sinne des Entwaffnungsgesetzes Kenntnis hat oder erhält, muß unverzüglich dem zuständigen Landeskommissar Anzeige erstatten. Die Bestimmung findet keine Anwendung auf Mitglieder deranmeldepflichtigen Vereinigungen. Diese Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Betriebsrätekonferenz in Rheinland und Westfalen

Berlin, 23. Aug. In der gestrigen Betriebsrätekonferenz von Rheinland, Westfalen und Lippe-Deimold wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der dem „Vorwärts“ zufolge die Betriebsrätezentrale vom allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und der Afa sich bereit erklären, an dem Wiederaufbau der Wirtschaft und der Erfüllung der Verpflichtungen von Epa mitzuarbeiten. Weiter heißt es in der Resolution: Wir werden uns mit aller Kraft gegen jeden Versuch wehren, die innerparteiliche Ruhe zu stören. Die Voraussetzung aber dafür, daß in Rheinland und Westfalen gearbeitet wird, ist nur dann gegeben, wenn auch außerparteilich Deutschland in Ruhe gelassen wird. Die Organisationsleiter erklären, daß jedem Eingriff gegen die Neutralität Deutschlands von der Arbeiterchaft Rheinlands und Westfalens mit allen Mitteln Widerstand geleistet werden würde. Im Falle einer Befehung des Ruhrgebietes wird es nicht möglich sein, die Bergarbeiter zur Kohlenförderung zu bewegen.

Große Schiebungen von Heeresgut

Berlin, 23. Aug. Ueber die Schiebung von Heeresgut im allerhöchsten Umfang macht der „Sozialanzeiger“ Mitteilung. Die Hauptbestandteile dabei seien Feuerwaffen, die zahlreich in den Händen der ganzen Reichsbevölkerung verteilt seien und auf allen nur denkbaren Schleichwegen Heeresmaterial für Polen aufzulassen. Den Erfassungsergebnissen des Reichsministeriums gelang es, hunderte von zerlegten Flugzeugen zu beschlagnahmen, ebenso Waffen und Ausstattungsgegenstände im Werte von Millionen. Ueber die Einzelheiten macht das genannte Blatt folgende Mitteilung:

Den ersten Fingerzeig zur Aufdeckung der umfangreichen Schiebungen erhielt die Behörde aus Magdeburg. Dort war ein Mann wegen irgend eines Delikts in Haft genommen worden, für den bald darauf ein Paket angeblich mit Lebensmitteln abgegeben wurde. Bei der Durchscheidung fand man darin ein Vermögen an Tausendmarktscheinen und verschiedenen wertvollen Wertsachen. Die Ermittlungen ergaben, daß der Häufig zu einer Schiebendecke gehört und durch Beschichtung des Gepäckstücke verpackt wurde, wieder freigegeben. Die Beschlagnahme u. a. Verbindungen zu Heeresbüros und Beschäftigten, Beamten und Vertriebenen nach Polen zu verzeichnen. Der Wert des von den Beamten im letzten Augenblick festgehaltenen Heeresguts betrug sich auf viele Millionen Mark. Ein Teil davon war bereits zu den Sammelstellen in anderen Städten abgegangen oder durfte nach auf der Eisenbahn rollen. Gleichzeitig kamen die Erfassungsbeamten einer von derselben Bande verpackten Schiebung von Waffen in Flugzeugen auf die Spur. Bereits vor einigen Tagen hatte sich herausgestellt, daß in der Gegend von Wittenberg und Halle wiederholt Flugzeuge aufstiegen und nicht wiederkehrten. Diese Flugzeuge sind an die Polen abzugeben worden und haben die deutsche Eisenbahn überfliegen. Es soll sich hier um sechs bis sieben Maschinen handeln, die auf die Weise nach Polen gelangten. Eine der Flugzeuge mußte an der deutsch-polnischen Grenze eine Notlandung vornehmen und wurde von der Sicherheitspolizei angehalten. Da der Flugzeugführer jedoch polnische Papiere bei sich führte, ließ man ihn wieder aufsteigen. Allerdings nicht in diesem Falle noch nicht fest, ob es sich nicht um Maschinen aus der Flugindustrie oder um Heeresflugzeugen handelte. Anders liegt die Sache bei einer weiteren Schiebung, die in die Gegend von Weimar weist. Dort ist der Versuch gemacht worden, über hundert Flugzeuge zu verschicken, die aus militärischen Beständen stammen. Die Maschinen sind zerlegt worden und teilweise bereits unter falscher Deklaration mit Ausfuhrpapieren versehen auf den Weg nach Polen gebracht worden. Ein Teil konnte zwar beschlagnahmt werden, ein anderer Teil ist jedoch noch nicht gefunden.

100.000 Milchfässer — aber keine Transportschiffe

Berlin, 24. Aug. Die „Voss. Zig.“ sagt unter der Überschrift: 100.000 Milchfässer und keine Schiffe, man müßte verweisen an der verhältnismäßig geringen unserer früheren Zeiten, wenn die 100.000 Milchfässer für die entsehlene Not der deutschen Kinder verloren gingen aus Mangel an Schiffsraum. Es schweben Verhandlungen, statt des Viehs etwas Kraftfuttermittel für die deutschen Kühe zu erhalten.

Neue Mäbereien

Staßfurt, 23. Aug. Gestern nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr drangen sechs Bewaffnete in die hiesige Post ein und forderten mit vorgehaltenem Revolver die Herausgabe aller Wertsendungen, die ihnen auch ausgehändigt wurden. Darauf verschwand die Banditen, von denen jede Spur fehlt.

Spaltung der französischen Sozialisten

Paris, 24. Aug. Nach einer Meldung des „Journal“ ist eine Spaltung der sozialistischen Partei Frankreichs wahrscheinlich. Die Ursache ist zweifellos die Frage des Beitritts zur dritten Internationale, die jetzt nach der Rückkehr der Delegierten aus Moskau gelöst werden muß.

Ägypten unabhängig?

Paris, 24. Aug. Nach einer Mitteilung aus London soll sich die englische Regierung entschlossen haben, Ägypten die Unabhängigkeit zurückzugeben. Das Protektorat, das am 18. September 1914 erklärt worden war und das durch den Friedensvertrag von Versailles anerkannt werden sollte, werde aufgehoben werden. Ägypten soll das Recht haben, sich selbständig im Ausland durch diplomatische Vertreter vertreten zu lassen und dem Völkerbunde beizutreten. Das englische Besatzungsheer wird zurückgezogen. Nur für den Schutz des Suezkanals werden noch einige englische Truppen zurückbleiben.

Valuta-Bericht vom 22. August

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 11,75 St. Auszahlung Holland notierte etwa 16,61 M per holl. Gulden; Schweiz etwa 8,44 M per schw. Fr.; England etwa 188,75 M per Pfd. Sterl.; Frankreich etwa 3,63 1/2 M per franz. Fr.; New York etwa 50,90 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 24. August 1920

Der Luftwirbel über Norddeutschland hat auch gestern noch strichweise im Lande geringe Regenfälle gebracht. Vereinzelt sind wieder Gewitter vorgekommen. Unter dem abkühlenden Einfluß westlicher Seewinde liegen die Nachmittagstemperaturen nur auf 17 Grad an. Die allgemeine europäische Luftdruckverteilung macht leichte Niederschläge immer noch wahrscheinlich.

Voraussichtliche Witterung bis Mittwoch den 25. August nachts: Böfzig, kühl, strichweise noch geringe Regenfälle.

Wasserstand des Rheins

Kehl 278, gef. 8; Mainz 487, gef. 9; Mannheim 386, gef. 6.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Journalisten Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Geisel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Sängerbund Vorwärts.) Heute Singstunde für Tendre. Freitag für Basse 8 Uhr; Donnerstag, 26. August, 1/2 Uhr Ede Ruppurrer- und Luisenstraße zwecks Übung. 5085

Karlsruhe. (Gesangverein Gleichheit.) Heute abend punkt 8 Uhr Zusammenkunft bei Schöpslinmayer, Ruppurrerstraße zwecks Übung. 5086

Durlach. (Sängerbund Vorwärts.) Morgen Mittwoch abend punkt 1/2 Uhr Wiederbeginn der regelmäßigen Singstunden. Vollständiges Erscheinen erwartet. 5088

24. Sängerausflug eine halbe Stunde früher. Der Vorstand.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheverträge. Franz Canalt von Eberbach, Elektro-mechaniker hier, mit Elisabeth Dinges von Kaiserslautern. Friedrich Trauenscheld von Heidelberg, Maler hier, mit Frieda Scherling Witwe von hier. Edwin Faschian von Lohmooß-Schwarzberg, Grenzaußseher in Oberschwörstadt, mit Emilie Ritsch von Eßlingen. Max Süther von Strümpfelbrunn, mit Josef Hanekann von Durlach. Karl Baumann von Trefchingen, Mechaniker hier, mit Rosa Kriege von hier. Paul Wenzel von Weuder, Sicherheits-Polizeibeamter hier, mit Hilda Lampert von hier. Friedrich Neumaier von Schöllbrunn, Kaufmann in Eßlingenweiler, mit Frieda Reuter von Bruchhausen. Alois Roe von Oberndorf, Bäcker hier, mit Frieda Käfer von hier. Gustav Holzhauser von Säckingen, Bleicher hier, mit Marika Ruhlmann von Schlettstadt. Emil Pfeil von Eßlingen, Kaufmann alda, mit Johanna Barth von hier. Aug. Tränkle von hier, Kaufmann hier, mit Marie Hofkopf von Mühlheim. Georg Waldbert von Grombach, Eisenbahnsetzer in Kehl, mit Emilie Baumert von hier. Wilh. Eber von hier, Brudereiarbeiter hier, mit Margaretha Kühle von Worms. Johann Rohr von Heidelberg-Handschuhsheim, Schuhmann hier, mit Wilhelmine Döster von Klingeraach. Wilhelm Karcker von hier, Maschinenarbeiter hier, mit Anna Scheffhauer von Heidelberg. Friedrich Mosael von Lustburg, Kaufmann hier, mit Katharina Heinrich von Mühlberg.

Geburten. Liselotte, B. Fröh Hoff, Hotelbesitzer. Hildegard, B. Sch. Bergsträßer, Schulkamm. Maria Stefanie, B. Kra. Baumann, Kaufmann. Ruth, B. Friedrich Zimmer, Bahnarbeiter. Friedrich Alfred, B. Alfred Rodrian, Geiger. Friedrich Hermann, B. Frdr. Benz, Reserve-Führer. Gerda Anneliese, B. Joh. Steiner, Bürogehilfe. Erwin Walter, B. Ernst Wader, Vierführer. Hildegard Elisabeth, B. Sch. Reichlich, Friseur. Annemarie, B. Karl Merlitz, Bürogehilfe. Frieda B. Martin Gantner, Tagelöhner. Erich Karl, B. Karl Bergard, Postsekretär.

Todesfälle. Elisabetha Merkle, Diakonin, alt 57 Jahre. Christine Zimmermann, Diakonin, alt 82 Jahre. Lina Derrmann, Kontoristin, ledig, alt 19 Jahre. Maria, alt 1 Jahr, B. Tibor Herzog, Straßenbahnschaffner.

Weine ausländische, weiß und rot, sind eine Anzahl Wagen, gute und feinste Qualitäten, eingetroffen und offerieren solche billigst. Franz Fischer & Co. Weingroßhandlung Wein- und Trauben-Import. Steinstr. 29 Kreuzstr. 29 Fernsprecher Nr. 163

Bund der Reichseisenbahnbeamten und Pensionäre. Bekanntmachung. Zu der am Freitag, den 27. August 1920 abends 7 Uhr in Karlsruhe (Gartenhof der Restauration „Rounger“ Kaiserstraße) stattfindenden Voll-Versammlung laden wir alle Mitglieder ergeben ein. Tages-Ordnung: 1. Berichtserstattung des 1. Vorsitzenden Herrn Blum über die letzten mit dem Reichsverkehrsministerium geführten Verhandlungen. 2. Referat des Herrn Rechn.-Rat Kirchhoff über die Angelegenheiten der Pensionäre. 3. Allgemeine Aussprache. 5089

Geschäftsempfehlung. Allen Freunden und Bekannten, sowie der verehrl. Einwohnerschaft teile ich mit, daß ich meine Glaserei im Hause Marienstr. 63 eröffnet habe. Ich empfehle mich in allen Reparaturen an Fenstern, Türen sowie Fensterläden und zum Einsetzen der Fenster-scheiben zu den billigsten Tagespreisen. Achtungsvoll 5082 Ludwig Wilhelm, Glaser. Wohnung: Marienstr. 65, IV.

Daniels Konfektionshaus. Telef. 1846 Karlsruhe Wilhelmstr. 34, 1 Tr. Verkauf sämtlicher Damen- u. Mädchenkonfektion zu weit herabgesetzten Preisen. Bruchsaler Anzeigen. Karten-Ausgabe am Mittwoch, den 25. August 1920, von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags an die Buchstaben H bis einschließlich K. Bruchsal, den 24. August 1920. 2357 Kommunalverband Bruchsal-Stadt. Kartenausgabestelle.

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund!“

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund!“

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund!“

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund!“

Wahrhaft ein Goldstück für den Hausgebrauch

Oetkers

Milch-Eiweiß-Pulver

mit Frodozusatz
Wahrhaft & gebrauchsfähig wie
2-3 Eiweiß

für Pfankuchen, Nüsse, Kuchen, Torten.

Man verlangt es in jedem Haushalt & Hochachtungsvoll Oetkers

Wahrhaft goldene Worte

für alle Hausfrauen wie für alle Deutschen, denen das Streben, sich wirtschaftlich einzurichten und zu verhalten, ein Bedürfnis ist, bringt das Reichardt-Werk in seiner Hauschrift: „Reichardt-Ruf“ mit seinen haus- und nationalwirtschaftlichen Ausführungen sowie Ratsschlägen

an den Vater des Produzenten.

Abgabe ohne Kaufzwang umsonst in der Reichardt-Bücherei: Kaiserstraße 193/195. Sonst direkter Verkauf ab Reichardt-Werk, auch in allen an Schildern und Plakaten kenntlichen Geschäften.

Schuhputz Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Statt besonderer Anzeige.

Bekannt und Bekannte mache ich hiermit die traurige Mitteilung, daß mein lieber Gatte, unser treuberechtigter Vater

Wilhelm Koser

Sonntag Morgen 1/11 Uhr, nach längerer schwerer Krankheit, im Alter von 36 Jahren, laßt entschlafen ist.

In tiefer Trauer:
Frau Barbara Koser
und 4 Kinder.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 1/4 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. 5033

Trauerhaus: Kaiserstraße 23.

Handelschule der Stadt Karlsruhe.

Abteilung: Handelsjahresschule
Ganztagunterricht, wöchentlich 33 Stunden. Das Schulgeld für den Jahreskurs beträgt 72 M. Beginn neuer Jahresklassen am 13. Sept. d. J. Der erfolgreiche Besuch der Handelsjahresschule entbindet vom Besuche der dreijährigen Pflichthandelschule. Die in der Handelsjahresschule vorgebildeten Lehrlinge und Lehrlinginnen besuchen, sofern die das 18. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben und in einem Handelsbetriebe tätig sind, die Pflichthandelschule nur noch in 2 Jahreskursen mit 8 Wochenstunden. Ausführlicher Prospekt wird auf Verlangen frei ausgehändigt.

Anmeldungen werden von heute bis 11. September während der üblichen Geschäftsstunden in der Kanzlei, Zittel 22, entgegengenommen. 2332 Die Direktion.

Baden-Baden.

1. Brot- und Mehlamt.

Getreideablieferung. Diejenigen Getreideerzeuger (soweit sie nicht Brotpflichtverpflichtet sind), welche ihr Getreide ganz oder teilweise ausgedroschen und zur zweiten Ablieferung bereit haben, sollen dasselbe nach Sorten getrennt in Säcken verpackt und mit Sachanhänger versehen, am Freitag, 27. August, vormittags 8-10 Uhr, an der 28. Verhalle gegen Empfangsbescheinigung abliefern. Für nach diesem Zeitpunkt zur Ablieferung gelangendes Getreide wird die Preisprämie von 20 Pf. für den Hektoliter zu unterstehenden Höchstpreisen nicht mehr bezahlt.

Die Höchstpreise sind folgende:
1 Doppelzentner Roggen = 150 RM.
1 „ „ Weizen = 164 „
1 „ „ Gerste = 145 „ 2360

2. Kleinverkaufspreise für Obst und Gemüse für die Zeit vom 23. August bis 29. August 1920.

Veränderungen bleiben der Marktkommunikation vorbehalten.

Gemeinde- u. Staatsbediensteterverband Karlsruhe.

Zodes-Anzeige.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser langjähriges Verbandsmitglied

Wilhelm Koser

im Alter von 33 Jahren an einem im Felde ausgebrochenen Leiden gestorben ist. Die Beerdigung findet heute Dienstag nachmittags 1/4 Uhr vom Friedhof aus statt. Die Kollegen werden gebeten, sich zahlreich zu beteiligen. 5034

Der Vorstand.

Zur Reinigung

übernehmen wir in und außer Abonnement

Schul-, Büro- und Wohnungswäcker, ganze Häuser, Wohnungen, Foyers, Kirchen, Bohrböden, Fassaden usw. Parkett, Kieselstein usw.

Garantie für tadellose, pünktliche Bedienung. Denker billigste Preise.

Eigene 20 Mr. hohe Parkettreiter (letzte auch auszuliefern).

Verlangen Sie bitte unverbindlichen Besuch und Vorschlag durch 4930

Südd. Reinigungs-Institut

Kaiserstraße 34a Telefon 2077.

Trauerhüte

in jeder Preislage stets vorrätig

S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Altes Gold Silber, Platin

aller Art, auch Gegenstände, laßt zum höchst. Preis

L. Wibe, Ufermaße 16.

Kartoffel-Säcke

Starke Säcke aus Prob.-Lins-Beständen verkauft preisw. u. Ruck. 5 Stk. 80.-, 10 Stk. 140.-, 20 Stk. 260.-, 30 Stk. 360.- M. Versandhaus landw. Bedarfsmittel und Sachlsg. Berlin-Dahlemb. 2, Röllendorferstraße 94/95. 2251

Volksbühne.

Dienstag, den 24. August C 1 Anfang 7 Uhr.

„Der Barbier von Sevilla“

Komische Oper in drei Akten von Rossini. Jeder Besucher muß die grüne Volksbühnen-Ausweis Karte vorzeigen. 2362

Für den allgemeinen Verkauf Parkett I 11 Mk.

Keine Wanze mehr.

Kammerjäger Berg's Radikalmittel

„Nicodan“ Erfolg verbüßend. Restl. Vertilg. Beste Zeit z. Brutzernichtung. Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. Doppelpack 1 Mk. - Verkauf bei Drog. O. Fischer, Karlstr. 74, Drog. R. W. Lang, Kaiserstr. 24. 4629

Bitte ausdrücklich nur Nicodan zu verlangen.

Bernickeln

von Feder- u. Kinderwagenreifen, Gabeln und Feuertangen u. s. w. führt schnell, billig und jugendgemäß aus.

Bernickelungsanstalt, Karlsruhe, 32 Rappenerstraße 32

SINNER

Pudding-Pulver
Schokolade-Creme-Pulver
Vanille-Creme-Pulver
Vanille-Saucen-Pulver
Rote Grütze-Pulver
Speisen-Würze
Sinin
Spezialfrat: Backpulver

wieder in bester

Friedens-Qualität

überall erhältlich.

SINNER A.-G., Karlsruhe-Grünwinkel
General-Vertreter
Scheurer & Lehne, Karlsruhe
Kallwodastraße 1 4659
Telefon: Nr. 2970 und 2312.

Kaule

getrag. Kleider, Schuhe, Bekleidung, Möbel aller Art, zu realen Preisen.

U. Schap, 67 Kaiserstraße 67, (Eingang Badborstr.)

Fahrrad-Gummi!

Fahrräder, neu, mit Gummi 1000 M.
Inland-Garnitur 240 M.
Ausland 280 M.
Händler Extra-Abakt. Fahrrad-Industrie Jahringewer. 37. 4700

Gemüse

Sorte	Marktpreis	Ladenpreis
Kartoffeln	35,-	40,-
Blumenkohl, I. Sorte	130,-	150,-
Sachsen-Blumenkohl	70,-	80,-
Kohlrabi	40,-	45,-
Wasserkraut	20,-	25,-
Wirsing	50,-	60,-
Spargelbohnen	65,-	75,-
Stangenbohnen, grün	55,-	65,-
Gelbe Rüben, rot, Kraut	20,-	25,-
„ „ gelb	10,-	15,-
Karotten, ohne Kraut	30,-	35,-
rote Rüben, ohne Kraut	15,-	20,-
Rohrabi	20,-	25,-
Kopfsalat	10-25,-	10-35,-
Endivienalat	5-20,-	5-40,-
Salat	35,-	40,-
Wasserkraut	5-15,-	5-15,-
Meerrettich	10,-	10,-
Salzgurken	10-30,-	10-30,-
Gemischungsgurken	30-70,-	30-70,-
Salzgurken	5-10,-	5-10,-
Wasserkraut	3-5,-	3-5,-
Kürbis	15,-	15,-
Tomaten	70,-	90,-
Marabber	20,-	25,-
Zwiebeln, ohne Schoten	40,-	45,-
Zwiebeln, getrocknet	80,-	110,-
Wurze	80,-	110,-

Obst

Sorte	Marktpreis	Ladenpreis
Brombeeren	120,-	140,-
Schwarzebeeren	70,-	70,-
Kirschen	90,-	100,-
Erdbeeren	140,-	160,-
Heine	70,-	90,-
Weinbergpfirsiche	70,-	80,-
Reineckeläpfel	50,-	70,-
Birnen, groß, gebrochen	30,-	40,-
„ „ klein	90,-	110,-
Äpfel, groß, gebrochen	60,-	70,-
„ „ klein	25,-	35,-
Kalbfleisch	15,-	15,-
Trauben	300,-	300,-

Wer unrefresches Obst verkauft, hat Beschlagnahme zu gewärtigen.

Baden-Baden, den 23. August 1920.
Kommunalverband Baden-Stadt.
Prüfungsstelle für Marktwaren. 2363

„Nissin“

gegen Kopfläuse

Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Karlsruher Parkett- u. Fenster-Reinigungs-Institut

Reinigen von Parkettböden, Fenstern u. Glasflächen

Adolf Kiesel, Rodolfsr. 25 111

Von der Reise zurück

Dr. Alfons Fischer

Arzt für innere Krankheiten.
Herrenstr. 34. Fernsprecher 1091.
Sprechstunden: 8-10 u. 1/3-1/5 Uhr. 2381

Baubund-Möbel

kaufen Sie preiswert und formschön gegen Barzahlung oder erleichtert. Zahlungsbedingungen bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft

Badischer Baubund G. m. b. H. Karlsruhe

Karl-Friedrichstr. 22 (Eckhaus Rondellplatz)
Täglich geöffnet von vormittags 8-12, nachmittags von 2-6 Uhr.
Fernsprecher 5157.

Süddeutsche Anzeigen.

Nichtpreise für Obst und Gemüse für die Zeit vom 24. Aug. bis 30. Aug. 1920.

Sorte	Preis
Wasserkraut	20 Pf.
Spinat	20 Pf.
Kopfsalat	15-20 Pf.
Wasserkraut	10-15 Pf.
Kohlrabi	20 Pf.
Wirsing	20 Pf.
Gelbe Rüben, rot	20 Pf.
Winterrettiche	10 Pf.
Sommerrettiche	10 Pf.
Salzgurken	10-15 Pf.
Salzgurken, lang	10-15 Pf.
Endivienalat	10-15 Pf.
Stangenbohnen	10 Pf.
Kartoffeln, neue	20 Pf.
Schwarzebeeren	20 Pf.
rote Rüben, ohne Kraut	10 Pf.
Zwiebeln	10 Pf.
Kürbis	10 Pf.
Tomaten	10 Pf.
Marabber	10 Pf.
Blumenkohl	10 Pf.
Kürbis	10 Pf.
Melonen	10 Pf.
Wurze	10 Pf.

Obst

Sorte	Preis
Mirabellen	1,00 RM.
Zitr. Kirschen	0,30 RM.
Obst-Birnen nach Qualität	0,50-0,70 RM.
Obst-Birnen	0,30 RM.
Obst-Äpfel nach Qualität	0,50-0,70 RM.
Obst-Äpfel	0,30 RM.
Äpfel (Baltische)	0,30 RM.
Wasserkraut-Birnen	0,5-1,00 RM.
Obst-Äpfel	0,30 RM.
Wasserkraut	1,50-2,00 RM.
Wasserkraut	0,30 RM.
Wasserkraut	0,30 RM.
Wasserkraut	1,40 RM.

Unrefresches Obst wird Beschlagnahme.
Die Preise wurden an den Tagen mit der Preisprüfungs-Kommission fest. Ihre Beschlagnahme wird gegeben, als ob übermäßige Preise vorliegen.
Durlach, den 23. August 1920.
Bürgermeisteramt.